

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 255.

Dienstag, den 31. Oktober 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Für unsere Abonnenten!

Zwei Kunstblätter von bedeutendem Werth können wir unseren Abonnenten — aber nur solchen! — zu einem unverhältnismäßig billigen Preise liefern. Die Buchhandlung „Vorwärts“ hat, um den künstlerischen Geschmack der Massen zu bilden, nicht durch gelehrte Abhandlungen, sondern durch Vorführung wirklicher Kunstwerke ersten Ranges, zwei Kupferdrucke auf chinesischem Papier herausgegeben, in dem Format von 85 x 65 Centimeter — Porträts von Marx und Engels. Ein erster Berliner Radirkünstler hat die Platten gestochen und der Druck ist, wie es sich bei so werthvollen Blättern von selbst versteht, ein tadelloser. Es handelt sich um Kupferdruck, das langsamste und theuerste, dafür aber auch vorzüglichste Reproduktionsverfahren für Kunstwerke. Und um Kunstwerke edelster Art handelt es sich. Marx wie Engels sind zwei Köpfe von ausgeprägtester Individualität, welche der Künstler voll erfasst und mit liebevoller Sorgfalt wiedergegeben hat. Dem Parteimann wird es große Freude bereiten, die Bildnisse der verehrten Kämpfer in so vollendeter Ausführung zu besitzen; dem Kunstfreund aber wird es hohen Genuß bereiten, die Hand eines echten Künstlers zu erkennen in diesen Blättern, die wenige ihres Gleichen finden werden. Im Kunsthandel kostet ein derartiges Blatt mindestens 15 bis 20 M. Durch das Entgegenkommen der Buchhandlung „Vorwärts“ sind wir in der Lage, unseren Abonnenten das Blatt für den beispiellos niedrigen Preis von 3 M. zu liefern. Die beiden Blätter zusammen geben wir für 5 M. ab. Doch — wie erwähnt — diese Vorzugpreise gelten nur für Abonnenten des „Lübecker Volksbote“, denen wir die Gelegenheit zur billigen Erwerbung von edlen Kunststücken, an denen Auge und Herz sich erfreuen kann, bieten wollen. — Die Blätter hängen in der Expedition unseres Blattes zur Ansicht aus. Etwaige Bestellungen wolle man möglichst noch im Laufe dieser Woche machen.

Neue Flottenpläne.

Als neulich in Hamburg der erste Schuß fiel, die Flotten-Tafelrede, da mußte Jeder, der die Politik der letzten zehn Jahre verfolgt und gelernt hat, daß zwei mal zwei vier ist, daß alsbald eine neue Flottenvorlage kommen würde. Zwar konnte sich der harmlose Bürger noch damit trösten, daß dem Kanzler-Versprechungen und Tirpitz-Erklärungen entgegenstehen, aber er bedachte dann eben nicht, daß bei uns im lieben Deutschland auf solche Versprechen nichts zu geben ist. Minister gehen und kommen, und ihre Nachfolger sind an die Versprechen nicht gebunden. Zudem war ja auch die Hamburger Rede keine improvisirte. Sie war vielmehr wohl vorbereitet, lag sogar schon druckfertig da, bevor sie noch gehalten wurde. Als dann aber noch wiederholte Konferenzen zwischen dem Reichskanzler, dem Staatssekretär Bülow und dem Admiral Tirpitz stattfanden, da war es für Jedermann, der Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, klar, daß die Hamburger Rede sehr bald ein praktisches Ergebnis haben würde. Was bisher nur vermutet wurde, hat bereits greifbare Gestalt angenommen. In den der Regierung nahestehenden Blättern wie „Nordd. Allg.“, „Kreuztg.“ usw. ist am Sonnabend bereits der neue Flottenplan gleichzeitig veröffentlicht worden. Alle Vermuthungen und Berechnungen werden damit übertrumpft.

Der neue Flottenplan, der an die Stelle desjenigen für die Jahre 1901, 1902 und 1903 treten soll, erstreckt sich nämlich auf die Schiffsbauten, welche bis zum Jahre 1917 vorgenommen werden sollen. Der neue Plan bezweckt das im Flottengesetz vorgesehene Doppelgeschwader für die heimische Schlachtflotte aus Linienschiffen und Kreuzern noch zu vermehren durch ein drittes und viertes Geschwader. Für das neue Doppelgeschwader sollen 10 Linienschiffe bis 1912 hinzukommen und 8 weitere Linienschiffe von 1912 bis 1917 an Stelle des Ersatzes für die jetzt schon vorhandenen 8 Küstenpanzerschiffe treten. Außer den Linienschiffen soll bis zum Jahre 1911 auch die Zahl der großen Kreuzer noch um acht erhöht werden, wovon zwei auf die neuen Flottengeschwader, sechs auf die Auslandskreuzer entfallen. Die Zahl, um welche die kleinen Kreuzer vermehrt werden sollen, ist nicht angegeben. Vorausichtlich kommen 16 kleine Kreuzer für die beiden Geschwader der Schlachtflotte in Betracht, da ebenso viele für die beiden Geschwader im Flottengesetz vorgesehen sind. Zu dieser Vermehrung der Schiffe kommen dann

noch die Ersatzbauten, welche in der Zeit bis 1917 fällig werden.

Die Durchführung dieses Bauprogramms setzt eine Erhöhung der jährlichen Schiffsbauquote von jetzt durchschnittlich 60 auf durchschnittlich etwa 85 Millionen Mark voraus. Die jährlichen sonstigen einmaligen Ausgaben würden sich von 9 auf 12 Millionen Mark erhöhen, die fortdauernden Ausgaben würden sich jährlich um fünf Millionen erhöhen. Der neue Plan verlangt also gegen bisher eine Erhöhung des Marineetat von 150 auf 183 Millionen.

Für einen derartigen Bauplan wird angeführt, daß es darauf ankomme, nach dem Jahre 1900 das bisherige Bautempo beizubehalten, während nach dem Flottengesetz in den Jahren 1901, 1902 und 1903 weniger Neubauten in Angriff zu nehmen sind als in den drei vorhergehenden Jahren.

So der neue Plan, der geradezu ungeheuerlich ist. Kaum zwei Jahre besteht das neue Flottengesetz, das für eine sechsjährige Periode geschaffen ist, und nun soll es bereits wieder zum alten Eisen geworfen werden; das neue soll aber gleich auf 17 Jahre hinaus das Staatsrecht des Reichstags unterbinden. Wenn man nicht in der Lage ist, auf sechs Jahre das Gesetz inne zu halten, wie soll es dann erst bei 17jähriger Festlegung möglich sein? Auch kann man vom Reichstag unmöglich verlangen, daß er sich selbst auf 17 Jahre für bankrott erklärt.

Millionen über Millionen haben bereits der Marinismus und sein Zwillingenbruder, der Militarismus, verschlungen, und nun sollen wieder kolossale Ansprüche an Gut und Blut der Nation gestellt werden. Die Sozialdemokratie hat bisher keinen Groschen für die schwimmenden Werdwerkzeuge übrig gehabt, sie wird auch dem neuen Flottenplan unbeugsamen Widerstand entgegensetzen.

Ungeheure Opfer sind dem Marinismus schon gebracht. Die Kräfte der Nation sind bereits auf's Aeußerste angepannt. Allein in den acht Jahren von 1890/91 bis 1897/98 sind die Gesamtausgaben für die Marine auf 707,8 Millionen Mark gestiegen. Seit der Thronbesteigung Wilhelms II. sind im Bau vollendet oder mit Zustimmung des Reichstages bis 1898 in Angriff genommen worden:

7 Panzerschiffe zum Preise von	127,7	Mill. Mark.
8 Küstenpanzerschiffe	46,3	„ „
7 große Kreuzer	72,7	„ „
13 kleine	29,7	„ „
2 Kanonenboote	2,8	„ „
2 Schiffe für besondere Zwecke (darunter die Kaiserjacht „Hohenzollern“ für 4,9 Mill. Mark) zum Preise von	6,8	„ „
38 Torpedoschiffe	20,0	„ „

Insgesamt 306,0 Mill. Mark.

Für das Jahr 1899 betrug der Marineetat 102982 000 Mark gegen 50 467 000 Mark im Jahre 1886/87. Selbstverständlich ist bei solcher Wirtschaft auch die Reichsschuld kolossal gewachsen. Die dritte Milliarde ist bald erreicht. Schon allein die Verzinsung der Schuld erfordert eine Summe von 75 333 000 Mark. Und trotz alledem soll die Schraube ohne Ende wieder ange-dreht werden!? Nie und nimmer! Reichstag werde hart!

Zwar behaupten die Wasserpatrioten, daß sich das neue Bauprogramm „ohne neue Steuern“ durchführen ließe. „Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ Die offiziellen Befürworter des neuesten Flottenplanes geben ja selbst zu, daß die jährliche Schiffsbauquote von etwa 60 auf ungefähr 85 Millionen, die jährlichen sonstigen einmaligen Ausgaben von 9 auf 12 Millionen Mark steigen würden. Bei der Steigerung der einmaligen Ausgaben würde indes nach Maßgabe der bisherigen Grundsätze ein sehr erheblicher Theil durch eine neue Anleihe gedeckt werden müssen. Wenn also auch vielleicht keine neuen Steuern sofort nothwendig werden würden, so würden sich doch abermals die Reichsschulden vermehren. Und das kommt so ziemlich auf dasselbe hinaus, denn das Volk muß auch die Schuld verzinsen. Der Bauernjägertrif, daß „keine neue Steuern nothwendig“ sind, wird also bei den Steuerzahlern, die über ihre Nase hinaussehen, die weiten Blicks in die Zukunft sehen, nicht ziehen. Heiße Kämpfe

stehen wieder bevor, zu Bergen hat sich der Konfliktsstoff angehäuft. Zur Buchhausvorlage kommen die Flottenpläne! Aber wir brauchen weder das eine noch das andere. Darum rufen wir ebenso wie bei der Buchhausvorlage:

Nieder mit der Flottenvorlage!

Zu der neuen Flottenvorlage liegen bereits einige Preßstimmen vor. Wir verzeichnen davon folgende:

Der „Vorwärts“ schreibt:

Dieser neue Flottenplan, der beim Reichstag keinesfalls Annahme finden kann, weil er sich nicht zum zweiten Mal durch die Vorpielung einer Bindung auf Jahre hinaus täuschen lassen wird, ist gar keine aus militärisch-technischen Erwägungen, aus den Bedingungen der äußeren Politik heraus entstandene und zu erklärende Aktion, sondern offenbar nichts als eine That der inneren Politik, ein Miquel'sches Mittel, um durch einen Konflikt im Reich aus der unumgänglichen Lage in Preußen herauszukommen. Der Kanalhandel soll in den Marinewirren sein Begräbnis finden. Herr Miquel hat es verstanden, durch die Ablenkung auf die Uebersee-Politik seine Thätigkeit in der Kanalfrage zu lüthen, die sonst nicht nur seinem „Post“-Bedienten Bedrück das Hint gelostet hätte.

Die Berl. „Volkstztg.“:

Die neue Flottenvorlage übertrefft weit alle Ver-fürchtungen, die man um ihre Wirkung haben mußte. In konstitutioneller Beziehung bedeutet sie die Bankrotterklärung des Reichstages; in finanzieller Beziehung die schärfste Zumuthung an ein Volk, das unter dem Druck schwerer Steuerlast schon jetzt mühsam ringt, um in der Umklammerung des Land- und Wasser-militarismus nicht zu erstickten.

Die „Freis. Btg.“ bezeichnet es als noch nicht dagewesen,

„daß ein solcher Plan schon der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, noch bevor die Regierungen in den Einzelstaaten davon Kenntniß erhielten. Durch die Veröffentlichung aber legt sich die Reichsregierung schon gewissermaßen auf die Sache fest.“

Später heißt es dann in dem Artikel:

„Die in Aussicht genommene Verdoppelung der Schlachtflotte schließt aber nicht bloß eine ziffermäßige Verstärkung der Flotte ein, sondern giebt derselben einen ganz anderen Charakter. Die Schlachtflotte nach dem Flottengesetz sollte der Vertheidigung der Nordsee und Ostsee dienen, der Verhinderung einer Blockade, und wurde in jeder Beziehung als für diesen Zweck ausreichend dargestellt. Das neue Doppelgeschwader bezweckt aber offenbar, die Möglichkeit zu schaffen, neben den Kreuzergeschwadern auch Panzergeschwader in andere Welttheile zu senden zur Offensive gegen große Seemächte. Es handelt sich dabei also nicht mehr wie bei den Auslandschiffen der Kreuzergeschwader um den Schutz des Handels, sondern um eine Beteiligung an Weltkriegen zur See durch Schaffung einer Kriegsflotte ersten Ranges. Ein solches Bedürfnis war bisher von Seiten der Regierung entschieden in Abrede gestellt worden.“

Mit der Schaffung von Panzergeschwadern für überseeische Kriege ist es aber allein nicht gethan. Solche Panzerschiffe setzen Kohlenstationen voraus auf ihrem Wege, wie wir sie nirgend besitzen. Ebenso erheischen solche Geschwader für den Fall nothwendiger Reparaturen oder Beschädigungen im Kriege eigene Docks, wie wir sie auch in keinem Welttheile besitzen. Damit eröffnet sich eine gerade uferlose Perspektive für die Steigerung der Ausgaben.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstagsersatzwahl in Othlingen. Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielten L. Schlegel (Soz.) 7895, v. Gese (Nat.-Lib.) 5964 und Brinzinger (Sd.B.) 4945 Stimmen. Es hat darnach zweifellos eine Stichwahl zwischen Schlegel und v. Gese stattfinden, bei der voraussichtlich der sozialdemokratische Kandidat gewählt werden wird. Bei der Hauptwahl am 16. Juni 1898 hatte der nationalliberale Kandidat 7360, der Volksparteiler 6249 und der Sozialdemokrat ebenfalls genau 6249 Stimmen erhalten. Das Loos entschied zu Gunsten des volksparteilichen Kandidaten, worauf dieser in die Stichwahl kam und seinen nationalliberalen Gegner, der 8848 Stimmen erhielt, mit 12 334 Stimmen schlug.

Bei der Landtagswahl in Schwarzbürg-Rudolstadt siegte in Frankenhäusen am Kyffhäuser unser Genosse Winter in glänzender Weise mit ca. 100 Stimmen Mehrheit. Bravo! Bravissimo!

Der „verantwortliche“ Reichskanzler. Die Art, wie plöblich eine Flottenfrage, entgegen dem Flottengesetz, in den Vordergrund gehoben wird, wirkt, wie die „Freis. Btg.“ mit Recht hervorhebt, ein drastisches Bild auf die Regierungspolitik nicht nur an sich, sondern auch auf die Formen, in denen sich dieselbe vollzieht. Verantwortlich für die Reichspolitik ist nach der Verfassung

einzig und allein der Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Fürst Hohenlohe war bis zum 16. Oktober in Berlin. Am 18. Oktober hielt der Kaiser jene Rede in Hamburg über die Nothwendigkeit einer starken Flotte. Die Rede ist nichts weniger als improvisirt, sondern sorgfältig vorbereitet gewesen. Infolgedessen konnte sie auch fast gleichzeitig im „Reichsanzeiger“ zum Abdruck gelangen. Fürst Hohenlohe, der verantwortliche Reichskanzler, aber ist offenbar vorher über diese Rede nicht in Kenntniß gesetzt worden; andernfalls würde nicht Admiral Tirpitz erst am 25. Oktober, also acht Tage nach jener Rede, zum Fürsten Hohenlohe geschickt worden sein, um mit demselben über die Flottenfrage zu konferiren. Auch Admiral Tirpitz ist von Wilhelmshaven erst nach der Rede am 21. Oktober nach Berlin berufen worden. Er war noch am 23. Oktober so wenig einer unmittelbaren Inangriffnahme der Flottenfrage gewärtig, daß er in der „Nordd. Allg. Zeitung“ am Montag Abend abdrucken ließ, daß für die beginnenden Reichstagsitzungen über das Flottengesetz hinausgehende Forderungen nicht verlangt werden würden. Plötzlich ändert sich nun das Bild am Tage darauf infolge einer Besprechung des Kaisers mit dem Admiral Tirpitz und dem Staatssekretär Grafen Bülow. Nunmehr erst wird Admiral Tirpitz zum Fürsten Hohenlohe nach Baden-Baden geschickt, um in derselben Angelegenheit mit ihm zu konferiren. Derjenige Staatsmann, der die politische Verantwortlichkeit im Reich trägt, erfährt auf diese Weise erst von der Angelegenheit, nach dem der Monarch mit den beiden Ressortministern bereits in der Sache konferirt und deren Ansicht vernommen hat. Diese haben dem Monarchen gegenüber zur Sache schon Stellung genommen, noch bevor der ihnen vorgesezte und für sie verantwortliche Reichskanzler Gelegenheit hatte, seine Ansicht zur Sache kund zu geben. — Es ist nicht das erste Mal, daß sich in Deutschland innerhalb der letzten zehn Jahren Derartiges ereignet. Plötzlich ist bei uns Trumpp!

Gemäßregelte Richter? Unsere Leser erinnern sich noch des Aufsehens erregenden Preßprozesses gegen den „Vorwärts“, der im Juni d. Js. das Landgericht Berlin nöthigte, über die Kollegen von der sächsischen Justiz zu Gericht zu sitzen. Der „Vorwärts“ hatte namentlich vom Dresdener Oberlandesgericht behauptet, daß es „oft ohne Umschweife die Angehörigen der Arbeiterpartei als mündigen Rechts erklärt hat, als andere Staatsbürger.“ In ordnungsmäßigem Verfahren hat das Gericht Beweis erhoben, die Urchriften der betreffenden Urtheile kommen lassen, und da es aus den Thatfachen entnahm, daß jener Satz des „Vorwärts“ dem Sachverhalt entsprach, so wurde mit dieser Begründung der Angeklagte freigesprochen. Im Reichstage hat damals der sächsische Justizminister erklärt, er könne an die Möglichkeit, daß ein Gerichtshof so urtheile, nicht glauben, er müsse das schriftliche Urtheil abwarten. Das schriftliche Urtheil erging und war genau so gehalten, wie die Zeitungen den mündlichen Spruch berichtet hatten. Damit hielt man, abgesehen von der Verfolgung des Prozesses beim Reichsgericht, die Angelegenheit für abgethan. Jetzt wird nun der „Frankf. Bzg.“ aus einer Quelle, an deren Zuverlässigkeit nicht zu zweifeln ist, gemeldet, daß der Landgerichtsdirektor Dens, der in jener Strafsache den Vorsitz führte, und der Landgerichtsrath Dued, der Referent war, vom 1. Januar kommenden Jahres an Zivilkammern überwiesen sind. Damit sind zwei Personen, die in der Strafjustiz ein hohes Maß von Unabhängigkeit gezeigt haben, aus diesem Wirkungskreise genommen und einem anderen zugetheilt. Die Geschäftsvertheilung am Landgericht Berlin I für das bevorstehende Jahr ist diesmal früher als sonst erfolgt. Allein sie ist bisher geheim gehalten worden. Die beiden genannten Personen wirkten in derselben Art beim Harmlosen-Prozess mit, und es läßt sich annehmen, daß die Regierung es nicht ungern sehen würde, wenn die öffentliche Meinung zu der Anschauung käme, als ob die Verletzung an eine Zivilkammer den Sinn habe, daß Richter, die die Harmlosen freigesprochen haben, in der Strafrechtspflege nicht wohl am Platze seien. Das Frankfurter Blatt ist jedoch in der Lage, positiv versichern zu können, daß die Verletzung bereits vor dem Harmlosen-Erkennniß beschlossene Sache war. — Kommentar ist wohl überflüssig. Die Maßregelung, als solche sehen wir die Ueberweisung wenigstens an, redet laut genug, wie es mit den Rechtszuständen in Deutschland bestellt ist.

Das Fiasko der Buchhausvorlage und ihres schneidlichen Wechselbalds, der „Denkschrift“, jammert die „Köln. Bzg.“, und sie beklagt die „unglückliche Hand“, die darüber gewaltet hat. Das rheinische Weltblatt verlangt daher eine neue Denkschrift. Es schreibt:

„Dieser Fehler kann noch vor der Beilegung von der sozialpolitischen Abtheilung im Reichsamt des Innern wieder wettgemacht werden nach Vorlegung einer sowohl juristisch wie sozialpolitisch gewissenhaft bearbeiteten Denkschrift. Diese würde im Interesse einer gedeihlichen Konsumtionsberatung sphaerisch von allen Parteien, die mit uns das Rückelkommen eines Sozialgesetzes in der einen oder anderen Form als eine wirtschaftlich notwendige Maßregel betrachten, dankbar begrüßt werden.“

Eine neue „Denkschrift“ wird die Buchhausvorlage retten. Wird sie noch geistreicher, noch gründlicher, noch wahrhaftiger, noch gewissenhafter sein, als die Polsterwache der ersten? Man konnte einen Preis auf die Ausföhrung der unmöglichen Aufgabe setzen, die Gewaltpolitik der Buchhausvorlage zu „begründen“. Und wenn sich alle Polizeigenossen der Kulturwelt zwar nicht ihr Gehirn, so doch ihr Sphärisch zermartertes, der freibende Berg des Polizeijägers gehöre doch nur ein lächerlich Mühslein.

Was von Flunzereien und Entstellungen auf einen Rehrichthausen zusammengetragen werden konnte, das ist aus allen Winkeln zusammengetragen worden. Der ersten Blamage folgt sicher die zweite. Uns kann es recht sein!

Post-Cheekverkehr. Dem Bundesrath ist eine Vorlage betreffend die Einführung des Post-Cheekverkehrs zugegangen. In neun Orten, und zwar in Berlin, Breslau, Köln (Rhein), Danzig, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Karlsruhe (Baden) und Leipzig, soll je ein Post-Cheekamt eingerichtet werden, bei dem Jedermann auf seinen Antrag gegen Einzahlung einer unverzinslichen Stammeinlage von 100 Mk. ein Cheek-Konto eröffnet wird. Der Inhaber eines Cheek-Kontos soll die Möglichkeit erhalten, daß alle bei den Postanstalten für ihn gemachten Einzahlungen bei dem Post-Cheekamt durch Gutschrift auf sein Konto zu einem Gutachten angesammelt werden, über das er mittelst Cheeks jederzeit in beliebigen Theilbeträgen verfügen kann. Von der Vorlegung eines Entwurfs für ein die Einführung des Post-Cheekverkehrs regelndes Gesetz soll zur Zeit abgesehen werden, weil es sich bei der ganzen Einrichtung zunächst um einen Versuch handelt, bei dem es notwendig ist, der Verwaltung für die ersten Jahre eine möglichst weite Bewegungsfreiheit zu gewähren.

Zur Agitation unter den Seelenten. Die seemännischen Arbeiter sind nicht nur bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, Stellenvermittlung, Bestrafung und Behandlung (sowohl an Bord der Schiffe als auch an Land seitens der Behörden), sondern auch bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung fast allen übrigen gewerblichen Arbeitern weit zurückgesetzt. Das ist in den Seemannsversammlungen, in der Arbeiterpresse und seitens der Vertreter des Proletariats im Reichstage jetzt schon Jahre lang in der energischsten Weise zum Ausdruck gebracht. Trotz der hohen Gefährlichkeit des Berufs, sind es speziell die Schutzbestimmungen, die einer wesentlichen Vermehrung und Verbesserung bedürfen; marschirt doch in puncto Todesfälle der Schiffsfahrtsbetrieb an der Spitze sämtlicher Betriebe, und wirkt man demzufolge einen Blick auf die Unfallversicherung, so sehen wir auch hier die Seelente weit zurückgesetzt. Während nämlich bei den gewerblichen Arbeitern zwecks Berechnung des Fabrikarbeitsverdienstes 300 Tage in Ansaß gebracht werden, sind es bei den Seelenten nur 270 Tage, und während bei Jenen der volle Arbeitsverdienst (mit Nebeneinnahmen usw.) berechnet wird, ist es bei den Seelenten wiederum nur ein Durchschnittslohn, ohne jegliche Nebeneinnahme, der in Ansaß gebracht wird. Dieser Durchschnittslohn betrug nun seit 1887 unveränderlich bis jetzt für die unteren Chargen bis herab zum Reichsmatrosen usw. 65—40 Mk. pro Monat. Durch das unerwünschte Anbahnen der seemännischen Organisation ist nun endlich am 22. August d. J. seitens des Reichskanzlers eine Verfügung erlassen, derzufolge dieser Durchschnittslohn für die unteren Chargen um 5 Mk. pro Monat erhöht ist, und dadurch ist eine kleine Steigerung der Unfallrente erfolgt für alle diejenigen, welche nach dem 22. August d. J. im Seemannsberuf Krüppel resp. Wittwen und Waisen werden; eine rückwirkende Kraft hat diese Verfügung jedoch nicht. Der Seemannsverband in Deutschland richtet nun an alle Organisationen, speziell in den Hafenstädten, die Bitte, sofern ihre Mitglieder mit den Seelenten in Berührung kommen, dieselben auf diesen Erfolg und den Werth der seemännischen Organisation aufmerksam zu machen und, wenn irgend möglich, einen Vertrauensmann aussändig zu machen, der eventl. gewillt ist, eine Gaststelle des Verbandes zu übernehmen. Gleichzeitig hält es der Seemannsverband für angebracht, die übrigen Organisationen auf die Wahlen zu den Beisitzern der Schiedsgerichte für Unfallsachen hinzuweisen; ist es ihm doch nach Jahre langem Bemühen gelungen, in Hamburg diese Beisitzer aus seiner Mitte zu erhalten, und auch das ist ein Erfolg der Organisation. Das Zentralsbureau des Verbandes befindet sich in Hamburg: Hafenstraße 116.

Prozess gegen die „Harmlosen“ und die Gesetzgebung. Die bedenklichen Erscheinungen, die bei dem Prozess gegen die „Harmlosen“ zu Tage getreten sind, haben schon mannigfache Veranlassung zu gesetzgeberischen Vorschlägen gegeben. In der „Köln. Volksztg.“ werden scharfe Maßnahmen auf zivilrechtlichem Gebiete verlangt, welche alle Spieler, ob gewerbsmäßige oder nicht, gewisser Rechte deuernd oder vorübergehend entkleiden.

Die gewerbsmäßigen Spieler stelle man, so wird weiter angeseht, vor Amts wegen unter Vormundschaft. Denn alle diejenigen, welche ihr eigenes oder ihrer Familien Wohl auf eine Karte setzen, sind doch nicht mehr zurechnungsfähig. Daneben treffe man die Bestimmung, daß alle im Spiel verlorenen Beträge nicht nur, wie schon jetzt, nicht einlagbar sind, sondern daß sie vom Spieler bezw. dessen Vermögen zurückgefordert und eingeklagt werden können, sobald sie eine Schädigung des Spielers oder seiner Familie bis zu einem bestimmten Prozentsatz des jährlichen Einkommens bedeuten. Damit soll nicht gesagt werden, daß bis dahin das Spiel gestattet sei, sondern es soll nur eine bestimmte Norm getroffen werden, an der man erkennen kann, ob nur ein Spiel zum Zwecke harmloser Unterhaltung oder lediglich zum Zwecke des Gewinnes stattgefunden hat. Auf diese Weise wird weder das harmlose Kartenspiel unterbunden, noch werden kleine dabei verlorene Beträge rückzahlbar. Wahrscheinlich würde eine solche Bestimmung allein schon genügen, das Spiel sehr stark zu beschränken; wir haben ja im Prozesse der „Harmlosen“ gesehen, daß selbst in den „nobelen“ Kreisen beim Spielbettel die Gemüthslosigkeit und der Anstand anstandslos Besitze man also diesen Faktor zur Sanierung. Sit gegen Gift!

Wir fürchten, daß selbst solche draconische Maßregeln die „Jennesse dorée“ nicht von dem Feu abhalten würden. Somit sollte sie ihre Laugelwelle todtschlagen, wenn nicht durch ein kleines Feu?

Sin Hörer Adolf Wagners. Eine etwas vernünftigeren sozialpolitische Auffassung werden wir wohl nächstens in

der — „Post“ beobachten können. Denn ihr Chefredakteur Kronsbain, berühmt durch den zu Gunsten der „Vorwärts“-Diebe erlittenen Cigarren-Verlust, hat, wie die Berliner Blätter mittheilen, soeben begonnen, sich mit nationalökonomischen Studien zu befassen. Er ist einer der eifrigsten Hörer in Professor Adolf Wagners Vorlesungen über „Prinzipielle Kritik des Sozialismus“, und seine eifrigen Notizen beweisen, daß er von dem Gelehrten Material zu gewinnen sucht, offenbar um die Lücken seiner Bildung ein wenig auszufüllen. — Wenn Stumm das nur nicht erfährt, daß sein Redakteur bei einem so gefährlichen Menschen hört, der nach seiner Hochmer Gewerksvereinsrede im Januar 1897 von der Scharsmacherpresse zu den „Elementen“ gezählt wurde, „denen für die Einmischung in das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in der Bergwerks-Industrie jede Legitimation fehlt“, der die „Kölnische Zeitung“ an einen Mann erinnerte, „der an einem Fasse Pulver mit der brennenden Cigarre arbeitet“. Will etwa Kronsbain seinem Herrn und Unternehmer jetzt aus eigener Wahrnehmung beweisen, daß Adolf Wagner gar nicht solch ein gefährliches Element sei?

Ueber die schon gemeldete Zerstörung der Pallotiner Missionsstation in Kribi (Kamerun) erhält die „Köln. Volksztg.“ noch einen ausführlicher Bericht. Danach handelt es sich um einen plötzlichen Ueberfall der Station durch die aufständischen Bulis, einen Stamm aus dem Innern. Es gelang den Missionaren, den Angriff nach zweistündigem Kampfe zurückzuweisen. Der Feind zog sich in das Dorf Zwambe zurück, das er schon vorher theilweise beraubt und verbrannt hatte. Bezirksamtmann v. Massen faßte mit seinen Soldaten auf der Mission an der Brücke des Kribiflusses Posto und wies die wiederholten Angriffe der Bulis zurück. Am Montag den 25. September kamen Letztere in Stärke von 1000 bis 1500 Mann, eröffneten ein heftiges Gewehrfeuer und trieben die Missionare und Soldaten über die Brücke zurück, während die Bulis die Mission plünderten. Die Brücke wurde abgebrochen. Dann erschien Nachmittags das Boot „Helene“ und der Gouvernementsdampfer „Nachtigal“ mit 60 Soldaten der Schutztruppe. Seit jener Zeit herrscht Ruhe. Der Verlust der Bulis beträgt 60—90 Mann, doch ist die Lage noch so unsicher, daß die Mission noch nicht wieder bezogen werden kann. In 3 Wochen wird die Schutztruppe aus Tibatari erwartet, die eine Strafexpedition gegen die Bulis unternehmen soll.

Kleine politische Nachrichten. Für die Reichstagswahl in Schlettstadt, die durch den Tod des bisherigen Abgeordneten Spies erforderlich geworden ist und am 12. November vollzogen wird, stellen unsere Genossen den Gemeinderath Brustewitz (Straßburg) als Kandidaten auf. — Infolge des bereits gemeldeten Todes des nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten Gander hat im dritten sächsischen Wahlkreis der Regensburger Gemersheim eine Ersatzwahl für den Reichstag stattzufinden. (Abg. Gander gehörte dem Bunde der Landwirthe an.) Bei der letzten Reichstagswahl im vorigen Jahre zählte der Wahlkreis 19348 Wahlberechtigte. Abgegeben wurden im ersten Wahlgange für den nationalliberalen Kandidaten Gander 6432, für den Zentrumskandidaten 6060, für den sozialdemokratischen Kandidaten 1198 Stimmen. In der Stichwahl siegte Gander mit 8282 Stimmen über den Zentrumskandidaten, auf den 7979 Stimmen entfielen. — Nach Zeitungsangaben ist die von dem deutschen Reichstage den Gebrüder Dehardt gewährte Entschädigungssumme von 150000 Mk. nicht zur Auszahlung gekommen, weil die genannten Herren auf weitere Ansprüche nicht Verzicht leisten wollen. Die Dehardt bezifferten ihren in Wittu erwachsenen Schaden auf 600000 Mk. und wollen eine Entschädigung in annähernd gleicher Höhe durchsetzen. Das wird ihnen schwerlich gelingen. Eine rechtliche Verpflichtung des Reiches zur Erlassung besteht bekanntlich überhaupt nicht. — Die Handelskonferenz im Reichsparlament stimmte der Forderung und der Einführung des Nachdienstes im Fernsprechnetze zu. Boemann-Hamburg widersprach der vorgeschlagenen Einrichtung von Briefabholungsstellen. — Die Zahl der Alphabeten, d. h. der Leute, die nicht lesen und schreiben können, unter den ausgehobenen Rekruten ist in Preußen nach der letzten Zählung auf ein Minimum gesunken. Sie betrug im letzten Jahre in der ganzen Monarchie nur noch 134, und zwar 128 beim Landheer und 6 bei der Marine. Während im Jahre 1880/81 noch 2,37 pCt. der ausgehobenen Mannschaften ohne Schulbildung waren, betrug der Prozentsatz jetzt nur noch 0,09. Die größte Zahl von Alphabeten hat Ostpreußen aufzuweisen, nämlich 52, ferner Polen 28, Schlesien 17, Westpreußen 12 und die Rheinprovinz 11. Nur in einer nichtdeutschen Muttersprache hatten 119 Rekruten Schulbildung genossen, darunter 82 aus Polen. Das beweist wieder, daß es mit der Schulbildung im Kaiserreich die Welt kein noch am schlechtesten bestellt ist. — Der „Süddeutschen Reichstagskorrespondenz“ zufolge hat die badische Regierung Erhebungen über die Beschäftigung russisch-polnischer und galizischer Arbeiter in Baden angeordnet und wird beschränkende Bestimmungen für deren Anwerbung erlassen. — Der neue Rektor der Berliner Universität Prof. Dr. Fuchs hat einen Vortrag verboten, den Frau Lilly Braun-Gyzi im sozial-wissenschaftlichen Studentenverein über das Thema „Frauenarbeit in Deutschland“ halten wollte. Nach der Begründung ist das Verbot angeblich nicht wegen der Parteilichkeit der Frau Braun erfolgt, sondern deshalb, weil ihre literarischen Leistungen einen sehr agitatorischen Charakter tragen. Das ist natürlich nur saure Ausrede! — Es sind von verschiedenen Handelskammern Beschwerden über Mangel an Zehnpendnigfüßen laut geworden, welcher durch die seit einem halben Jahre im Gange befindliche Einziehung von silbernen Zwanzigpfennigfüßen hervorgerufen sei. Diesen Beschwerden gegenüber weist die halbamtliche „Berl. Korr.“ darauf hin, daß der gesteigerten Nachfrage nach Zehnpendnigfüßen durch eine vermehrte Ausprägung dieser Münzprägung ausreichend Rechnung getragen werde. Schon vor Beginn jener Einziehungen hatten starke Mängelprägungen stattgefunden; die Prägung einer weiteren Million Mark in Zehnpendnigfüßen sei nahezu beendet, und eine zweite Million werde bald nach Neujahr fertiggestellt sein. Die Prägung von zwei Millionen Mark werde für die ersten Monate des Jahres 1900 eingeleitet, und weitere Prägungen zum Ersatz für die inzwischen einzugehenden silbernen Zwanzigpfennigfüße werden folgen. — Die Regener Zwangssteuerung in Unna (Westfalen) hat ihre Wiederauflösung beschlossen. — Das Schlupfprotokoll der Friedenskonferenz ist im Gange. — Die Friedenskonferenz in Südafrika von England nicht ganz vergessen worden. Wie eine blätige Fronte kündigt die Nachricht, daß Namens der englischen Regierung Sir Pauncefote am Freitag den Schiedsgerichtsvertrag sowie die Landkriegskonvention unterzeichnete. Den übrigen Theilen des Schlupfprotokolls der Friedenskonferenz ist England nicht beigetreten. — In der belgischen

Repräsentantenkammer wurde bereits am Freitag der Art. 1 des neuen auf Proportionalvertretung beruhenden Wahlgesetzes mit 75 gegen 55 Stimmen angenommen. Demnach wird sich auch für das ganze Geleze eine Majorität finden.

Oesterreich-Ungarn.

Gute Zeiten sind für das Glasergewerbe augenblicklich in Oesterreich angebrochen, und die Tischeben sind es, welche sich um die Hebung dieses Gewerbes verdient machen. Soviel Fensterscheiben, wie in den letzten acht Tagen, sind in Oesterreich kaum während eines Jahres zertrümmert worden. In Gronow, Choken, Oberjeleni, Buschietrad und Hohenmanth haben wieder Ansammlungen und Kundgebungen stattgefunden, wobei zahllose Fensterscheiben in Häusern von Israeliten zertrümmert wurden. Die Wache zerstreute die Menge. In Klado wurde am 24. d. M. Abends ein Umzug veranstaltet. Ein aus etwa 600 Personen bestehender Trupp zog jöhrend und singend durch die Straßen; die Gendarmerie und die Stadtpolizei zerstreuten schließlich die Demonstranten, welche bis auf 3000 angewachsen waren und verhinderten einen Zusammenstoß zwischen „nationalen“ und sozialdemokratischen Arbeitern. Viele Fensterscheiben an Häusern von Israeliten wurden zertrümmert. Der Bezirkshauptmann erließ eine Kundmachung, in welcher die strengsten Maßregeln angedroht werden.

Warum wird in Oesterreich so viel geplündert und demolirt? So fragt die Wiener „Arbeiterzeitung“ angefaßt der in Oesterreich täglich vorkommenden Grenzfragen. Die Herren, antwortet sie, die sich den Juden als Wortführer aufdrängen, haben sich die Antwort sehr leicht gemacht. Bei ihnen wird alles auf antisemitische Agitation und Hezerei zurückgeführt. Aber wer könnte glauben, daß das alberne Märchen von Polna allein einen solchen verzweifelten Fanatismus wecken konnte, wenn nicht eine tiefgreifende soziale Desorganisation ihm vorgearbeitet hätte! Man blicke einmal nach den westlichen Staaten, die wir Oesterreicher neidvoll Kulturstaaen nennen, und suche die Schäkung, die das menschliche Leben dort bei den Autoritäten genießt, und die Geltung, die sich die Bürger unter einander trotz aller politischen und sozialen Gegensätze gönnen. Wenn in unseren Landstädten der wilde Zerstörungstrieb wie sonst nur im Lumpenproletariat der Weltstädte Massen in Bewegung setzen kann, was beweist dies anderes, als daß unsere Landbevölkerung unter einer Verelendung leidet, die die ihrem sozialen Charakter natürlichen Neigungen der friedlichen, oft bis zur Bornirtheit gesteigerten Gleichmüthigkeit völlig zerstört hat? Bauernrevolten, wie in Galizien, Revolten des Kleinbürgertums, wie in Mähren, deuten immer auf einen unerträglichen sozialen Druck hin.

Man wird jetzt gegen ein paar Duzend Menschen wegen ihrer Theilnahme an den Ausschreitungen gerichtliche Untersuchungen einleiten, aber daran wird Niemand denken, die Zustände zu untersuchen, in denen ein politisches Ereigniß derartige sinnlose Ausbrüche veranlassen konnte.

In dem schrecklichen Cyklus der Mezelei, der die politischen Wandlungen in Oesterreich begleitet, wird auch die ganze Verrottung und Brutalität unserer bürgerlichen Parteien und Klippen offenbar. Wie sich die Anwälte des „Judenthums“ über den Tod so vieler Menschen in dem Gedanken beruhigen, daß es sich um den Schutz jüdischen Eigenthums gehandelt hat, und wie sie dabei nicht sehen wollen, daß der Judenthums keine bessere Nahrung erhalten kann als eine Anschauung im Volke, daß den Juden zuliebe soviel Blut geflossen sei, so stehen auch die nationalen Parteien dem Massacre, daß das andere Volk betroffen hat, mit einer an Wohlwollen streifenden Gleichgültigkeit gegenüber. Gratzlich hat die Jungtschechen kalt gelassen, Höllechau und Wletin wird die Deutschbürgerlichen nicht aufregen. Herr Wolf hat ja in seiner knabenhaften Frechheit leichthin von den „paar Bataillonen“ gesprochen, mit denen man Ruhe schafft. Die österreichischen Regierungen dürfen ungestraft mit dem menschlichen Leben schalten, weil die bürgerlichen Politiker im Namen der Nation die reaktionäre Barbarei ermutigen. So aber befestigen diese selbst die Unterdrückung der Völker. Denn das Lebensrecht der Nationen beginnt bei dem des Einzelnen.

Frankreich.

Komplotprozess. In der Untersuchungskommission des Staatsgerichtshofes wurden Sonnabend die Anträge des Generalstaatsanwalts sowie der Bericht verlesen, der zu dem Schlusse kommt, daß die Angelegenheit betreffs der Vorgänge in der Kaserne zu Neuilly am Begräbnistage des Präsidenten Faure gegen Deroulede und Habert wieder aufgenommen werden könne, weil die Untersuchung neue Thatsachen ergeben habe. Der Vorsitzende der Untersuchungskommission, Berenger, hat die Kollegen, die Verurathung zu beschleunigen, Frank-Chauveau entgegnete jedoch, jeder Richter habe das Recht, eine eingehende Prüfung der Aktenstücke vorzunehmen.

Eine Gesetzesvorlage über die Aenderung des Militärgerichts-Verfahrens hat die Regierung bereits ausgearbeitet; so versichert der „Siecle.“ Hoffentlich hat man darin die Erfahrungen, welche man im Dreifus-Prozess genügend gesammelt hat, verwerthet.

Transvaal.

Der Krieg in Südafrika. Das Ausbleiben von neuen Nachrichten aus Südafrika, oder, richtiger ausgedrückt, die Unterdrückung solcher Nachrichten durch die englische Regierung wird immer unheimlicher, und es ist natürlich, daß dieses verdächtige Schweigen den pessimistischsten Auffassungen reiche Nahrung giebt. Ein Hamburger Blatt läßt sich aus London melden: Der Buren-General Joubert stellte die Vereinigung mit den Orangeburen her

und bot am Donnerstag dem General White bei Ladysmith eine Schlacht an. Das Resultat derselben ist noch unbekannt, doch da bis Sonnabend noch keine amtliche englische Meldung weiter vorlag, scheint die Annahme nur zu gerechtfertigt, daß die Schlacht einen für die Engländer nicht günstigen Ausgang gehabt hat. — General Dule, der Nachfolger Symons, der übrigens seinen Wunden erlegen ist, ließ auf seinem nächtlichen Parforceritt von Glencoe in überstürzter Eile durch unwegsame Thäler fast den gesamten Train der Munitionswagen und alles schwere Geschütz zurück. Die Mannschaften warfen das Gepäck fort, Hunderte blieben zurück und wurden von den nachdringenden Buren gefangen.

Auch nach der Meldung eines Berliner Blattes herrscht auf dem englischen Kriegsministerium tiefe Niedergeschlagenheit. Aus Natal liegen sehr ernste Nachrichten vor. Man hielt sie aber zurück, bis das Parlament vertagt ist (was Freitag geschähen ist), um unangenehmer Kritik von dieser Seite zu entgehen. Die bisherigen brillanten Siegesmeldungen waren auf Bestellung in solcher Form gegeben, um jede Opposition im Unterhause todzumachen. Sie entstellten die Lage total. Thatsächlich sei ein großer Theil der britischen Kolonien in der Hand des Feindes, der fast von der gesamten, England todtfeindlichen Bevölkerung unterstützt werde. Der Rest schwankte am Abgrunde einer Revolution und werde nur von den britischen Behörden durch die rigorossten Maßregeln von Stunde zu Stunde gehalten. Die Aufgabe der Wiedereroberung Südafrikas sei eine gigantische. Auf dem Kriegsministerium beschäftige man sich bereits mit Plänen von Zwangswerbungen. — Dieses Bild der Lage ist vielleicht in allzu dunklen Farben gemalt, aber der gegenwärtige Stand der Dinge erscheint in der That geeignet, den Engländern ernste Sorge zu bereiten.

Heute liegen nur folgende, düstige Meldungen vor: Nach dem Londoner „Daily Chronicle“ sollen in Kapstadt Gerüchte über eine Uneinigkeit in Blumfontein (Oranje-Freistaat) verbreitet sein. Es heißt, daß eine Bewegung im Gange sei, den Präsidenten Steijn abzujagen und an seiner Stelle Frajer einzusetzen. — Die Nachricht trägt den Stempel der Erfindung an der Stirn. Die Buren haben jetzt etwas anderes zu thun, als sich selbst zu zerfleischen. Glaubhafter klingt dagegen die Nachricht, daß im Transkei-Gebiete (Kapkolonie!) Unruhen ausgebrochen sind, wobei bereits mehrere Eingeborene getödtet und englische Beamte bedroht wurden.

In Kapstadt ist Freitag eine vom Gouverneur Witner und dem Premierminister Schreiner unterzeichnete Proklamation veröffentlicht worden, welche die Proklamation des Oranje-Freistaates über die Einverleibung eines Theiles der Kapkolonie in das Gebiet des Oranje-Freistaates für null und nichtig erklärt und die britischen Unterthanen an ihre Pflichten gegen die Königin gemahnt.

Der Gouverneur von Natal hat die Landung aller Flüchtlinge untersagt, welche nicht britische Staatsangehörige sind. Sechs Personen sind verhaftet worden unter der Anschuldigung, Spione der Buren zu sein.

Nach in Paris eingetroffenen, bisher unbesätigten Privatmeldungen hätten die Buren Maseringe genommen.

Von der Nordwestgrenze Transvaals liegen noch einige andere Nachrichten vor, die aus Bulawayo, der Hauptstadt des Matabele-Landes, vom 23. d. M. datirt sind und weiter zurückliegende Ereignisse betreffen. Danach halten die Polizisten und die mit dem Schutz der Bahnlinie beauftragten Truppen die Buren nördlich von Lobatsi in Schach. Ein gepanzerter Zug fuhr am 17. d. M. bis auf sieben Meilen an Lobatsi heran. Der Bahnkörper war dort schwer beschädigt. Die Engländer stießen südlich der Krotobol-Poos auf eine Burenabtheilung und trieben mit ihren Maximgeschützen die Buren auf die Hügel zurück. Es heißt, die Buren hätten acht Todte gehabt, ein Bur sei gefangen, die Engländer hätten keine Verluste gehabt. — Eine starke Burenabtheilung bedroht den Häuptling der Bamangwatos Khama in Betschuanaland. Der Häuptling des Batschla-Stammes Linchwe bleibt loyal.

Philippinen.

Die militärischen Operationen der Jankees auf Manila währen nun bereits viele Monate, aber noch immer ist es nicht gelungen, über die Filipinos Herr zu werden. In der letzten Zeit hat man überhaupt nur wenig von dem Kriege auf den Philippinen gehört. Nachdem sich die Siegesdepeschen Otis' als Schwindel herausgestellt hatten, glaubte man jedenfalls die Deffenlichkeit nicht mehr mit solchen behelligen zu dürfen. Inzwischen sind nun aber Briefe aus dem fernen Osten eingetroffen, welche einige Auskünfte über die Lage der Amerikaner auf den Philippinen geben. Darnach ist der bisherige Versuch der Jankees, Terrain zu gewinnen, völlig erfolglos geblieben. So dürfte, trotzdem die Bahnverbindung von San Fernando nach Angeles wiederhergestellt ist, der angelegte Vormarsch auf Tarlac vorerst noch unterbleiben. Die Kämpfe um San Fernando sind ziemlich nutzlos gewesen. Der Ort Angeles, der schon dreimal von den Truppen nicht ohne Gegenwehr eingenommen worden war, ist inzwischen aufgegeben und die Lage der Truppen im Norden bleibt nach wie vor eine sehr prekäre. Anfang September lagen dort 40 pZt. der Mannschaften krank darnieder und die beiden letzten außerordentlich heißen zwei Wochen (der Brief datirt vom 22. September und wird in der „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht) haben den Gesundheitszustand der Truppen

sicher nicht gebessert. Am 30. August wurde von ungefähr 700 Mann eine Rekognoszierung nach Norden von dem damals noch besetzten Angeles aus unternommen, wahrscheinlich um das geplante allgemeine Vorrücken vorzubereiten. Um 4 Uhr Morgens zogen sie aus und schon um 10 Uhr mußten sie den Rückzug antreten unter Verlust von 40 Todten! Die Zeitungen in Manila durften nichts darüber erwähnen. Die Artillerie der Filipinos macht jetzt den Amerikanern auch mehr zu schaffen, wenn es auch immer heißt, daß die Geschosse meistens nicht explodiren. Immerhin mußten in der Bai von Subig, etwas nördlich der Einfahrt in die Manila-Bai, amerikanische ungeschützte Kriegsschiffe vor den Landbatterien der Filipinos schleunigst sich zurückziehen, und ein späterer Landungsversuch von Booten des Monitors „Monterey“ mußte ebenfalls aufgegeben oder wenigstens aufgeschoben werden. — Im Süden (Provinz Cavite) hat sich die Lage ebenfalls eher verschlechtert, und man macht den Amerikanern durch häufige Angriffe genug zu schaffen. Selbst an der von den Kriegsschiffen leicht zu bestreichenden Küste sind die Truppen vor Ueberfällen nicht mehr sicher.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 30. Oktober.

Zur Beachtung für die Lastdiarbeiter. Seit längerer Zeit bestehen Differenzen zwischen den Milchlieferanten und den Holländern (Milchhändlern), weil Erstere für ihre Milch höhere Pacht geben sollen, woraus Letztere schließen, daß man aus ihrer Haut Riemen schneiden wolle. Allgemeine Mißbilligung erregte nun, nach der „Eisenb. Ztg.“, in der letzten Holländerversammlung die Mittheilung eines Kollegen, ein Lieferant hätte die Aeußerung fallen lassen, die Holländer müßten erst alle Holzlastdiarbeiter (!) werden. Damit ist also offen ausgesprochen, daß der Beruf der Lastdiarbeiter von jenen Leuten als ein schwerer und sehr schlecht bezahlter angesehen wird. — Stimmt!

— Die Konkurrenz, welche im Erwerbsleben durch die Frauenarbeit dem Manne bereitet wird, steigt von Tag zu Tage. In der Schiffsahrt können wir ein neues, interessantes Beispiel konstatiren. Stewards dessen sind ja auf den Dampfern keine Neuheit mehr. Jetzt beobachten wir aber auch auf Segelschiffen Aehnliches. Auf der z. Bt. am neuen Kai Kartoffeln ladenden schwedischen Bark „Bisa“ waltet eine Frau ihres Amtes als Koch. Wir überlassen es unsern Lesern, zu beurtheilen, ob dies geschieht, um der Mannschaft bessere Speisen zu schaffen, oder nur um Geld zu sparen.

— Der Sanitätsverband der freien Hülfskassen Lübeck's hielt am 26. Oktober im Vereinsbause seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Kassenbericht ergab: Verwaltungskasse: Einnahme 75,34 Mk., Ausgabe 60,30 Mk. Familienversicherung: Einnahme 4050,01 Mk., Ausgabe 4015,11 Mk., Mitgliederzahl 2319; Medizinkasse: Einnahme 628,79 Mk., Ausgabe 455,69 Mk., Mitgliederzahl 401. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Verhandlungen mit dem zahnärztlichen Verein und den Zahntechnikern. Der Verein hatte dem Verbände seinen alten Tarif zugesandt und war nicht gewillt, auf eine Aenderung desselben einzugehen. Von den Zahntechnikern erklärten sich sieben bereit, auf folgende Vereinbarung einzugehen: Für Ausziehen eines Zahnes zahlt der Verband pro Mitglied 75 Pfg., und für die Frauen und Kinder der Mitglieder 50 Pfg. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Vereinbarung einverstanden und beschloß, zahnärztliche Legitimationscheine anfertigen zu lassen, welche vor jeder Consultation von den Mitgliedern bei ihrem Kassenvorstand zu entnehmen sind. Für die Familienmitglieder genügt das Vorzeigen des Sanitätsverbandsbuchs. Ferner wurde beschlossen, ein Adressenverzeichnis der Zahntechniker drucken und jedem Mitgliede zukommen zu lassen. Schließlich berichtete der Vorstand über Eröffnung des Evangelischen Krankenhauses. Es wurde hervorgehoben, daß die Einrichtung desselben sehr gut und die Benützung für die Kassen vorthelhaft und zu empfehlen sei. Die Verpflegung kostet pro Tag 1,50 Mk.

Baurath Flügel. Das Disziplinarverfahren, welches in Bremen gegen den Baurath Flügel eingeleitet wurde und mit der Absetzung dieses Beamten endete, erinnert lebhaft an einen ähnlich liegenden Fall in Lübeck. Wenn wir recht unterrichtet sind, ist auch der frühere Inspektor der Irrenanstalt ein Opfer der sogenannten „Westentafelrechnerei“, d. h. des Brauchs geworden, Ueberflüsse gewissen Fonds solchen Fonds zuzuschreiben, die nicht ausreichten.

Der Dampfer „Luba“, von dem wir kürzlich berichteten, daß er ungenügend bemant den hiesigen Hafen verlassen habe, wäre am Mittwoch bald verloren gegangen. Aus Pillau wird darüber berichtet: „Am 25. Oktober kam der Lübecker Dampfer „Luba“, mit Stückgütern nach Königsberg befrachtet, vor Pillau an. Infolge der gewaltigen Brandung und des starken Stromes gerieth der Dampfer bei dem Versuche, den Hafen zu gewinnen, auf die Steine der Nordermole. Die Lage des Dampfers war in dem Augenblicke eine sehr gefährliche. Jede neue See schob den Dampfer immer höher auf den Brandungswall hinauf, so daß der Kapitän, das Schiff für verloren haltend, Rettungsboot und Rettungsboje aussetzen ließ. Da, im nächsten Augenblicke, als die Mannschaft sich schon zum Verlassen des

Dampfers anschiebt, hob eine riesige Woge das Schiff empor und rief es wieder zurück ins tiefe Wasser. Es gelang hierauf, den große Schlagseite zeigenden Dampfer unter Assistentz eines Schleppers in den Hafen zu bringen. Wie weit „Saba“ beschädigt ist, muß erst festgestellt werden. — Mit der oben von uns erwähnten Tatsache hat dieser Unfall selbstverständlich keinen Zusammenhang.

Von ganz besonderer Wichtigkeit — so schreibt eine Berliner Korrespondenz — für Bewerber um Alters- und Invalidenrenten sowie Beitragserstattungen ist die bis jetzt ziemlich unbekannt gebliebene Bestimmung des § 193 des Invaliden-Verordnungsgezetzes vom 18. Juli 1899. Darnach finden auf Ansprüche dieser Art, welche am 1. Januar 1900 in irgend einer Instanz schweben, d. h. noch nicht rechtskräftig entschieden sind, die etwaigen ungünstigeren Bestimmungen des neuen Invalidenversicherungs-Gesetzes Anwendung. Solche günstigeren Bestimmungen sind in diesem Gesetze vielfach vorhanden. So brauchen z. B. Altersrenten-Anwärter regelmäßig statt der bis jetzt verlangten 141 Wochen bar gelöshter Beschäftigung in den Jahren 1888, 1889, 1890 nur noch „berufsmäßige“, wenn auch unterbrochene Lohnarbeit, und zwar ohne Angabe einer bestimmten Wochenzahl in den drei Jahren nachzuweisen. Ebenso verfährt sich für Altersrenten-Anwärter die seit dem 1. Januar 1891 zurückzuliegende Wartezeit um jährlich 7 Wochen gegen früher. — Invalidenrenten-Anwärter und Bewerber um Beitragserstattungen brauchen im Allgemeinen vom 1. Januar 1900 ab statt einer Wartezeit von 285 Wochen nur noch eine solche von 200 Wochen nachzuweisen. Dazu kommt, daß die von 1900 ab bewilligten Renten meist höher sein werden, als die bis dahin bewilligten. Hierinauf haben vor allen diejenigen Arbeiter u. s. w., die bereits in einer oder in zwei Instanzen wegen Nichterfüllung der Wartezeit mit ihren Ansprüchen abgewiesen sind, das größte Interesse an einer Verschiebung der rechtskräftigen, endgültigen Entscheidung bis nach dem 1. Januar 1900, da sie in den meisten Fällen bei vorheriger endgültiger Abweisung ihren Anspruch später nicht wiederholen dürfen. Es wird sich daher empfehlen, wenn solche Bewerber um Renten- und Beitragserstattungen bei dem Schiedsgerichte oder bei dem Reichs-Vericherungsamt um Verlegung der mündlichen Verhandlungen bis nach dem 1. Januar 1900 bitten. Zwar sind die genannten Rechtsprechungsbehörden nicht unbedingt verpflichtet, solchen Anträgen stattzugeben; es läßt sich aber doch wohl erhoffen, daß man den gehörig begründeten Wünschen der Parteien, soweit irgend möglich, Rechnung tragen wird.

Belhagen II. Aus Düsseldorf wird geschrieben: Recht sonderbare Anschauungen scheint der in dem benachbarten Kalingen domicillierte Amtsrichter Hauptmann über den Wirtshausstand zu hegen; denn als kürzlich ein Konsortium von Personen, darunter mehrere Wirthe, ihn zur Vornahme eines gerichtlichen Aktes aufsuchten, ließ sich der Herr dahin aus, daß „Wirthe keine einwandfreien Zeugen seien, indem man sie schon durch eine Flasche Wein beeinflussen könne.“ Der Vorfall gelangte zur Kenntniß des Landgerichtspräsidenten Witte hier selbst, der bereits offiziell den Wirtshausverband verständigte, daß er dem betreffenden Amtsrichter seine Mißbilligung ausgesprochen habe. Die Beteiligten wollen sich indeß, wie verlautet, mit dieser Erklärung nicht begnügen. — Die hiesigen Wirthe waren j. Bt. viel zahlmer.

Stanz- und Emaillewerke, vorm. Carl Thiel u. Söhne, A.-G. wird der künftige Titel der Topfwaehalla an der

Schwartauer Allee sein. Das Grundkapital beträgt 1 300 000 Mk. Den Vorstand der Gesellschaft bilden die Herren Rud. Thiel und Heinr. Thiel, während zu Mitgliedern des Aufsichtsrathes die Herren E. Tegmeyer, A. Siemsen, Konsul Carlos Behn, sämmtlich in Lübeck, ferner die Herren Martin E. Friedburg und Direktor F. Pfister, beide zu Hamburg, erwählt worden sind.

Ein kleines Feuer entstand am Freitag Abend in der Sadowastrafe dadurch, daß ein bei dem Bäckermeister Dieberichsen bediensteter Knecht eine Benzinkanne umstieß, deren Inhalt durch einen unglücklichen Zufall in Flammen gesetzt wurde. Während der Brand ohne Hilfe der Feuerwehr gelöscht werden konnte, hat, wie man uns erzählt, der Knecht so erhebliche Wunden erlitten, daß er sich in das Krankenhaus begeben mußte. Einige Säcke Mehl sollen verborben worden sein.

Von der See. Die Ruff „Johann“, von Lübeck mit Weizen nach Kalmar bestimmt, hat Warnemünde als Nothhafen anlaufen und zum Lübschen der Ladung sich nach Rostock begeben müssen, weil sie am Dienstag bei schwerem Wetter ein Leck erhalten hat und nachgesehen werden soll.

Für die Wassermesser agitirte natürlich in letzter Stunde noch pflichtgemäß nach dem Rezept vom „beschränkten Unterthanenverstande“ das Amtsblatt.

Ein Kunststück zu machen, empfehlen die „Lüb. Anz.“. Sie wollen die Breitestraße zwischen Johannis- und Fleischerstraße verbreitern, ohne das die ganze Straße verunzierende Kanäleigebäude zu beseitigen, und zwar soll der untere Stock in Arkaden verwandelt werden. Wir glauben der Ansicht der überwältigenden Mehrheit Ausdruck zu geben, wenn wir gänzliche Beseitigung des polizeiwidrigen Polizeigebäudes als unumgänglich notwendig bezeichnen.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird die Beckergrube von der Böttcherstraße bis zum Ellerbrook vom Mittwoch, den 1. November d. Js. an bis zur Fertigstellung gesperrt werden.

In das Handelsregister ist am 28. Oktober eingetragen auf Blatt 1530 bei der Firma „F. N. A. Cadaro“: der Kaufmann Johannes Nicolaus Anton Cadaro ist gestorben. jetzige Inhaberin: Margaretha Dorothea Claudine geb. Findeisen, des Johannes Nicolaus Anton Cadaro Wittwe in Lübeck, auf Blatt 169 bei der Firma „Rofe und Schweighoffer“: Die Prokura des Carl Adolph Groth ist erloschen, auf Blatt 398 bei der Firma „E. S. Dilo“: Die Firma ist erloschen, auf Blatt 1497 bei der Firma: „D. Wallach“: Die Firma ist erloschen.

Stadttheater. Das einstuweilen festgesetzte Repertoire für die Woche lautet: Dienstag: Gastspiel Fumagalli's „Cavalleria rusticana“ (Alfio — Fumagalli). Hierauf: „Die Bajazzo“, Oper v. Leoncavallo, (Tonio — Fumagalli a. G.) Zum Schluß: „Franz Moor's Ende“, Oper v. Della Croce. (Franz Moor — Fumagalli a. G.). Mittwoch: Zum 1. Male: „Mädchentraum“, Spiel in 3 Acten von Max Bernstein (Mabitäl!) Donnerstag: Letztes Gastspiel des Signor Fumagalli: „Zampa“, oder „Die Wärmorbraut“, Oper von Herold. Freitag: „Der Wildschütz“, Oper v. Vorping. Hierauf: „Die Puppenfee.“ Sonnabend: Gastspiel des Herrn Carl Schönfeld vom Stadttheater in Hamburg: „Die Ehre“, Schau-

spiel von Sidermann. (Graf Traut — Carl Schönfeld a. G.). — Wilhelmtheater: Donnerstag Gastspiel v. Carl Schönfeld: „Madame Bonivard“, Schwan v. Biffon und Antoni Maret. (Henry Duval — Carl Schönfeld als Gast.)

Zirkus Variete. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß heute Abend die Handkraft-Akrobaten Brothers Walsons auf ihrer Durchreise einmal im Zirkus Variete auftreten werden. — Am Mittwoch, den 1. November, präsentiren sich die Artisten des vierten Spielplans dem Lübecker Publikum.

Entin. Eine Volksversammlung findet am Dienstag Abend bei Schröder statt. An Stelle des Genossen Hug, welcher leider nicht erscheinen kann, wird Genosse Kasch-Lübeck über den hannoverschen Parteitag Bericht erstatten. Da auch sonst noch wichtige Parteianglegenheiten zu regeln sind, wollen die Genossen für recht zahlreichen Besuch Sorge tragen.

Hamburg. Die Verletzten vom Klosterthorbahnhofe. Ueber die am 2. d. M. bei dem betlagenswerthen Betriebsunfall auf dem Bahnhof Klosterthor in Hamburg verletzten Rekruten erfährt die „Berl. Korresp.“, daß von den zwanzig in das Militär-lazareth aufgenommenen Rekruten bereits sechzehn aus der ärztlichen Behandlung entlassen worden sind und die Entlassung der übrigen vier binnen kurzer Zeit zu erwarten ist. Auch das Befinden der im Allgemeinen Krankenhause untergebrachten elf Verletzten hat sich so günstig gestaltet, daß sie in den nächsten Tagen in das Militär-lazareth gebracht werden können.

Flensburg. Schrecklicher Unfall. Der Arbeiter Hans Erichsen wurde, wie dem „Hamb. F.“ telegraphirt wird, in Kallens Reismühle von einem Treibriemen erfasst und derart zermalm, daß der Tod sofort erfolgte.

Wismar. Vom Kriegsschauplatz. Das „M. L.“ berichtet: Der Wirth des hiesigen Restaurants „Hanja“, Rober, hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil er 7 Sonntage hinter einander ohne Erlaubniß in seinem Lokale Tanzmusik veranstaltet habe. Er wurde indessen freigesprochen, da nicht er, sondern die Gewerkschaften jene Festlichkeiten arrangirt hatten. Als Vertheidiger fungirte Rechtsanwalt Dr. Herzfeld aus Berlin. Die Polizei hatte dem Angeeschuldigten für jeden Uebertretungsfall eine Geldbuße von 75 Mk. zudiktirt. Die Verhandlung dauerte von etwa 12 bis nach 4 Uhr.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 27. Oktober.

Butter.	
I. Qualität	Mt 120—125
II. Qualität	„ 110—118
Ferner:	
Abfallende und ältere Waare	„ 110—115
Schleswig-Holsteinische Bauernbutter	„ 90—100
Galtische und ähnliche	„ 80—84
Finnländische Sommer	„ 95—100
Amerikanische Waare	„ 82—92

Dankagung. Sagen allen Verwandten und Bekannten für die Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer am 27. Oktober stattgefundenen Silbernen Hochzeit meinen herzlichsten Dank.
J. Bohnsack u. Frau, geb. Eänvov.
Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zu unserer Silbernen Hochzeit sagen herzlichsten Dank.
H. Witthohn und Frau.

Arbeiterinnen

finden sofort dauernde Beschäftigung.
Hauswirthliche
Näh-Industrie-Actien-Gesellschaft
vorm. J. H. Schumacher.

Kartoffeln.

Eine kleine Parthie gelbe Kartoffeln ca. 40 Ztr., zwischen welchen sich einige schadhafte befinden, frei ab Lager à 3tr. Mt. 1.50.
Prima gelbe und magnum bonum billigt, auch Hagwerne.

Karl Voss, Uhrm. 18.

Lager aller Arten Uhren
zu bekannt billigen Preisen
Reparaturen
unter 1 Jahr. Garantie
gut und billigt.
Federn 1,50 Mt.

1 Parthie Regulatoure gebe noch zu ermäßigten Preisen ab. Sämmtlich neue moderne Uhren.
Silberne Herren- und Damen-Reparaturen schon von 10 Mt. an. Gute Feder von 3 Mt. an. Mehrjährige Garantie.

Johannes Probst

Hinter der Burg 5-7.
Miethe-Quittungs-Formulare
Expedition des Lübecker Volksboten.

Uhren reinigen 1,50,
Federn einsehen 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Neue la. Berger Flohmheringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Eßig, Eßigsprit u. Wein-Eßig
zum Schlachten
in Gebinden jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Essigfabrik.

Van den Bergh's Margarine
Marke „Vitello“
per Pfd. 70 Pfg. empfiehlt
H. Schlieper, Eßengrube 3.

Van den Bergh's
Vitello-Margarine
per Pfd. 70 Pfg. empfiehlt
J. C. H. Lütge, Eßengrube 9.

Auspielen

jetten Gänjen, Karpjen, Rauchfleisch
am einem Ziehbillard
am Mittwoch den 1. Nov.
Anfang 10 Uhr Morgens. Einjah 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
C. Wieck, „Polierfrug“,
Schwartauer Allee 92.

jetten Gänjen, Karpjen, Rauchfleisch
am einem Ziehbillard
am Mittwoch den 1. Nov.
Anfang 10 Uhr Morgens. Einjah 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
C. Wieck, „Polierfrug“,
Schwartauer Allee 92.

Ausstossen auf einem Ziehbillard

jetten Gänjen, Karpjen u. Rauchfleisch
am Dienstag den 31. Octbr.
von Morgens 10 bis Abends 10 1/2 Uhr.
Einjah 50 Pfg., wofür 3 Stöße.
Hierzu ladet freundlichst ein
W. Meyer, Balauerföhr 31

Auspielen

jetten Gänjen, Karpjen, Rauchfleisch
am einem Ziehbillard
am Mittwoch den 1. November.
Anfang 10 Uhr Morgens.
Hierzu ladet freundlichst ein
W. Grammerstorf, Koll 6.

Einladung zum Ball

des
Central-Vereins
der deutschen Böttcher
(Zentrale Lübeck)
am Freitag den 10. November
bei Herrn Borgwardt,
„Central-Hallen“
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Das Comitee.

Lübecker Hebammen-Verein.

Stiftungsfest

am Donnerstag den 2. November
im Tivoli (Theaterjaal)
verbunden mit Concert und Ball.
Kapelle des Herrn Bullerjahn,
unter dessen persönlicher Leitung.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Herrenkarte 1 Mt., wofür eine Dame frei.
Damenkarte 50 Pfg.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Allgemeine Local- u. Straßenbahngesellschaft

Betriebsverwaltung Lübeck.

Wir machen bekannt, daß der Betrieb auf der Israelsdorfer Linie während der Wintermonate an den Wochentagen nicht gänzlich eingestellt, sondern bis auf Weiteres verständigweise mit 1 stündlicher Wagenfolge aufrecht erhalten wird. Eingestellt wird derselbe, wenn in Folge eintretenden Schneefalles eine Hinderung eintreten sollte.

An Sonn- und Festtag-Nachmittagen verkehren die Wagen auf dieser Linie von Nachmittags 2 Uhr bis Abends 9 Uhr alle 12 Minuten.
Nachstehend veröffentlichen wir den am 1. November er. für die Israelsdorfer Linie in Kraft tretenden Fahrplan:

Abfahrt der Wagen vom Geibelplatz nach Israelsdorf:

8.03, 9.03, 10.03, 11.03, 12.03, 1.03, 2.03, 3.03, 4.03, 5.03, 6.03, 7.03 Minuten.
--

Abfahrt der Wagen von Israelsdorf nach dem Geibelplatz:

7.33, 8.33, 9.33, 10.33, 11.33, 12.33, 1.33, 2.33, 3.33, 4.33, 5.33, 6.33, 7.33 Minuten.
--

Lübeck, den 27. October 1899.
Die Betriebsverwaltung.

Circus Varieté

Heute Dienstag:
Abschiedsabend
des ausgezeichneten 3. Spielplans.
Nur heute
einmaliges Auftreten der auf der Durchreise befindlichen
Handkraft-Akrobaten
Brothers Walsons
sowie Auftreten von Heinr. Kalnberg.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Mittwoch den 1. November
der gänzlich neue 4. Weltspielplan.
Sensationelle Debuts.

Stadt-Theater.

Dienstag den 31. October.
Gastspiel Fumagalli.
Cavalleria. Bajazzo.

Die Münzgesetznovelle.

Die Novelle zu den Münzgesetzen bringt die Bimetallisten wieder einmal auf die Beine. In der Reichsbank scheint das Bestreben zu bestehen, mit der Durchführung der vollen und reinen Goldwährung Ernst zu machen. Bisher hatten wir noch immer die hinkende Währung, d. h. in gewissen Grenzen war auch Silber neben Gold gesetzliches Zahlungsmittel. Das kam daher, daß der Bundesrath im Mai 1879 im Hinblick auf den gewaltigen Preisfall des Silbers den Verkauf der Thalerbestände plötzlich sistirte. Damals blieben 400 Millionen Thaler unverkauft und diese gaben bisher unserer Goldwährung den Charakter einer hinkenden Währung.

Der Goldverkehr und die Stabilität der deutschen Währung hat unter diesem Zustand bis jetzt nicht gelitten. Wohl aber mag die Reichsbank aus den starken Ansprüchen, die im Laufe der letzten Jahre an sie gestellt wurden, Veranlassung genommen haben, zu erwägen, ob es nicht vortheilhafter wäre, ihren Goldbestand unter Aufstockung der alten Silberthaler zu stärken. Durch Silberverkäufe am offenen Markte war dies nicht zu erreichen, es blieb nur der Weg übrig, den die Reichsbank auch schon früher und zwar 1876 und 1880 vorgeschlagen hat, der aber bisher von der Gesetzgebung nicht gut geheissen wurde. Der neueste Versuch dürfte nunmehr im Hinblick auf die gegenwärtigen Geldmarktsverhältnisse mehr Aussicht auf Erfolg haben.

Die Frage, die zu lösen war, lautet: Wie soll nun einerseits der Bestand an Silbercourant verringert, andererseits gleichzeitig der deutsche Geldbestand in seinem Werthe nicht vermindert werden? Es soll dadurch geschehen, daß man die Silber-Scheidemünzen beträchtlich vermehrt. Nach Artikel IV des Gesetzes vom 9. Juli 1873 werden „bis auf Weiteres“ zehn Mark Silber-Scheidemünzen auf den Kopf der Bevölkerung angeprägt. Die Bestimmung „bis auf Weiteres“ deutet an, daß die damalige Regelung keine endgiltige war. Es hat sich nun im Laufe der Zeit herausgestellt, daß der Betrag von 10 Mk. Scheidemünze etwas niedrig gegriffen war und die Novelle schlägt daher vor, es sollen pro Kopf 4 Mk. mehr ausgeprägt werden. Ob diese Summe nicht zu hoch gegriffen ist, darüber werden selbst unter den Freunden der Novelle Meinungsverschiedenheiten entstehen. Zunächst wollen wir aber mit den in der Vorlage eingesetzten 4 Mk. rechnen. Wenn pro Kopf 4 Mk. mehr geprägt werden sollen, so ergibt das insgesamt bei einer Bevölkerung von rund 52 Millionen Seelen 208 Millionen Mark. Das Silber dieser neuen Scheidemünze soll dem alten Thalerbestande entnommen werden. Da nun die Scheidemünze zu einem geringeren Silbergehalt ausgeprägt werden muß, als dem Nennwerth entspricht, so ergibt sich, daß, wenn ein alter Thaler Courant in drei einzelne Markstücke umgeprägt wird, ein Stückchen Silber als Ueberschuß zurückbleibt, was einen direkten Gewinn für den Umpräger darstellt. Dafür wird dann allerdings der Gesamtbestand der umlaufenden Scheidemünzen in seinem wirklichen Werthe herabgedrückt. Um diesen Schaden auszugleichen, soll die Reichsbank den bei der Umprägung der alten Thaler entstehenden Gewinn benutzen, dafür Gold ankaufen und ihren Metallbestand mehren. Das geschieht nach Absicht der Vorlage dadurch, daß alte Silbermünzen eingezogen, Gold dafür gekauft und die

dabei entstehenden Verluste durch den oben nachgewiesenen Gewinn ausgeglichen werden sollen.

Durch die in der Vorlage in Vorschlag gebrachte Manipulation wird also ohne Schaden für unsere Währung auf eine Verminderung des Silbercourantgeldes hingewirkt. Wir haben zur Zeit noch einen Thalerbestand von rund 362 Millionen Mark, wovon am 30. Septbr. 162 Millionen Mark in der Reichsbank lagen, die übrigen 200 Millionen im Verkehr umliefen. Ein beträchtlicher Theil dieses Bestandes wird in verhältnißmäßig wenig Jahren verschwunden sein, wenn die Novelle zum Münzgesetz angenommen wird. Das Hinken unserer Währung wird durch sie rascher, als es sonst der Fall gewesen wäre, beseitigt. Die Bimetallisten müßten eigentlich mit der Vorlage durchaus einverstanden sein; denn sie haben immer auf die große Gefahr dieser Thalerbestände in Zeiten einer Krise hingewiesen. Ein kleiner Theil der besonnenen Bimetallisten scheint dies auch zu erkennen und meint, daß die Novelle eine Forderung, die von den Bimetallisten schon seit Jahren erhoben worden sei, erfülle. Um so rabiater freilich geberdet sich der extreme Flügel der Doppelwährungsleute, die von einem Bruch der Bismarck'schen Währungspolitik, von einer Verschlechterung unseres Geldes reden. Soviel sieht man schon jetzt, daß die Vorlage den Bimetallisten ein willkommenes Anlaß ist, die Währungsfrage wieder aufzurollen. Die Vorlage kommt den Bimetallisten um so gelegener, als auch die internationalen Geldmarktsverhältnisse und der Krieg in Transvaal in der That Stoff genug bieten, die Währungsfrage von Neuem zu beleuchten. Daß die Reichsbank gerade jetzt darauf dringt, ihren Plan von früher durchzuführen, dürfte neben dem Zweck eigener Stärkung noch in dem Umstande zu suchen sein, daß die Reichsbankleitung bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages sich der Hoffnung hingibt, daß sie in ihrem Bestreben, die Goldwährung zur vollen Durchführung zu bringen, ausreichende Unterstützung finden wird.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Geheiter sind die Einigungsverhandlungen in Sachen des Berliner Töpferstreiks. Die Forderung der Gewerkschaft, 8 Prozent Zuschlag zu dem 1898er Lohnarif, wurde von der Meisterschaft abgelehnt. — In Varmen haben fast sämtliche Arbeiter (112 Mann) der Dampfkeil-Fabrik Silber u. Sammart die Arbeit gekündigt. Es handelt sich hauptsächlich um Lohnforderungen. Es wird gebeten, den Zugang von Schmieden, Kesselschmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern fernzuhalten. — In Czernowitz scheint der Kampf von neuem zu beginnen. Nach einer Depesche der „Petite Republicque“ aus Czernowitz soll die Lage dort ernst sein. Schneider habe 14 Syndikatsarbeiter entlassen und der Syndikatsrath habe sich telegraphisch an die Regierung gewandt; unter den Arbeitern herrsche große Wägrung. — Die Londoner Buchdrucker sind in eine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden eingetreten. Diese, wie verschiedene Forderungen, den Tarif betreffend, sollen zunächst den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden. Zu gleicher Zeit soll der Anschluß der übrigen im graphischen Gewerbe thätigen Organisationen zu diesem bedeutenden Fortschritte in den Erwerbsverhältnissen der graphischen Arbeiter London's herbeizuführen gesucht werden.

Unter den Berliner Gewerkschaften ist es bedauerlicher Weise zu einer Spaltung gekommen. Die Gewerk-

schaftskommission, eine Art Gewerkschaftskartell, hatte bezüglich der Vertretung der einzelnen Gewerkschaften einen Beschluß gefaßt, wodurch sich die kleineren Gewerkschaften zurückgezogen fanden. Die Streikfrage; lokale und zentrale Organisation ist auf den Beschluß gleichfalls nicht ohne Einfluß geblieben. Die aus der Gewerkschaftskommission ausgetretenen Gewerkschaften haben sich nun zwecks Wahrung ihrer Interessen zu einem Kartell zusammengeschlossen. Dasselbe führt den Namen „Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend“ und macht es sich zur Pflicht, bei allen Gewerkschaften, die im Kartell vertreten sind, sobald die gewerblichen Interessen der Arbeiter es erfordern (namentlich bei Streiks, Ausperrungen oder Boykotts, ferner bei Fragen der Arbeiterversicherung und wo es sich um Förderung der Organisation handelt), einzugreifen.

In den Gesellenauswahlen der Zwangsbinnung der Tischler in Nixdorf wurden sämtliche Kandidaten gewählt, welche der Holzarbeiterverband aufgestellt hatte.

Eine Ausperrung sämtlicher Formstecher Deutschlands steht wegen eines partiellen Streiks in Abtät bevor.

Ein neuer Arbeitskonflikt ist in Kopenhagen entstanden. Sämtliche Arbeiter der größten Firmen der Eisenbranche haben, so melden bürgerliche Blätter, die Arbeit niedergelegt, weil die Entlassung eines Kollegen, der den Fachvereinen nicht angehört, verweigert wurde. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

Die Lohnbewegung der belgischen Bergarbeiter greift, nach der „Frankf. Ztg.“, immer weiter um sich, besonders im Gebiet von Charleroi. Theilweise Arbeitseinstellungen erfolgten in den Kohlengruben von Hornu und Wasmes, Charbonnages Belges und du Coeur. Sonntag fand eine große Bergarbeiter-Versammlung statt.

Wegen des Berliner Lederarbeiterstreiks trat am Donnerstag Nachmittag das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gewerberichters v. Schulz zusammen. Nach längerer Verhandlung verhandelte der Gerichtshof einen Vergleichsvorschlag auf folgender Grundlage: „Die Baumarbeiter erhalten vom 1. November statt 24 Mk. einen Wochenlohn von 25 1/2 Mk., die Zuschläge bekommen auf 100 Felle in der Preislage von 7 1/2 Mark einer Zuschlag von 30 Pfennig und für 100 Felle in höherer Preislage einen Zuschlag von 60 Pfennig. Die Arbeitszeit bleibt unverändert. Der Vertrag gilt bis zum 1. Oktober 1901 und kann von beiden Theilen drei Monate vor Ablauf des Vertrages gekündigt werden. Dann haben, bevor es zu einem Anstand kommt, Verhandlungen zwischen den Parteien über einen neuen Vertrag stattzufinden. Falls diese Verhandlungen keinen Erfolg haben, verpflichten sich die Parteien, das Einigungsamt anzurufen. Maßregelungen und Entlassungen dürfen nicht stattfinden. Für „Schmarzen“ wird ein Zuschlag von 15 Pfg. bewilligt. — Beide Parteien, die Vollmachten ihrer Auftraggeber besaßen, erklärten sich mit dem Einigungs-vorschlag einverstanden und gaben bindende Unterschriften ab. An der Lohnbewegung waren rund 5000 Berliner Gerber theilhaftig.

Die Verurteilung in dem Belcidigungsprozess der Beamten-Redaktion des „Dresdener Journal“ gegen den Redakteur der „Sächsl. Arbeiter-Ztg.“ wurde am Donnerstag vor der Strafkammer des Dresdener Landgerichts verhandelt. Die Verurteilung wurde verworfen, es bleibt bei der Strafe von zwei Monaten Gefängnis und der Beamtenqualifikation der Amtsblatt-Redakteure.

Die Sozialdemokratie in den Einzelstaaten. Bei den dieser Tage vollzogenen Neuwahlen zum eldenburgischen Landtag ist, wie berichtet, zum ersten Mal ein Sozialdemokrat in den dortigen Landtag gewählt worden. Die Zahl der deutschen Bundesstaaten, in deren Landesvertretung Sozialdemokraten sitzen, ist dadurch wiederum vermehrt worden. Im Allgemeinen ist freilich die Zahl der Sozialdemokraten in den einzelnen Landtagen gering. Preußen hat in seiner zweiten Kammer keinen Vertreter

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

14. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Der blasse Mensch rutschte vor Verlegenheit auf dem Stuhl hin und her; man sah's ihm an, er war sich unklar, sollte er Aurora's Hand an die Lippen drücken oder nicht? Die knochige Rechte näherte sich immer mehr seinem Munde, sie kam nah, ganz nah — jetzt — er wurde dunkelroth, mit einem plötzlichen Entschluß ergriff er sie und schüttelte sie herzhast.

„Wenn das meine Mutter wüßte, wie gut Sie zu mir sind, Fräulein Blanke! Ich danke, ich danke. Sie thun so viel an mir, mehr als die eigenen Verwandten, und sind doch nur meiner seligen Mutter Jugendfreundin; Sie sind selbst wie meine Mutter!“

Er schluchzte ganz gerührt und seine kurzschichtigen Augen zwinkerten.

Aurora zuckte zusammen, als habe sie jemand auf ein schmerzendes Hünerauge getreten.

„Schwester, Schwester — sagen Sie Schwester, lieber Heinrich! Mein Gott, wenn ich so zurückdenke, ich war noch ein kleines Mädchen, als Ihre Mutter schon heirathete! Sie war mindestens zehn Jahre älter als ich — aber die Reigung, die gleicht den Unterschied der Jahre aus. Ich fühle mich Ihnen wie eine Schwester, mein lieber Heinrich!“

Nun drückte sich die knochige Rechte wirklich an seinen Mund; Fräulein Aurora seufzte. So blieben sie regungslos eine ganze Weile, während heller Frühlingsschein von draußen hereinstrutete, die scharfen Züge der höheren Schulvorsteherin noch schärfer erscheinen ließ und unbarmherzig die Krähenfüße im Mund und Augenwinkel beleuchtete. Der liebe Heinrich wagte nicht sich zu rühren, da — ein Glocken-

ton von fern! Fräulein Aurora erwachte wie aus einem Traum.

„Sie läuten schon, wie ärgerlich! Ich darf nicht fehlen, ich muß eilen. Bitte, lieber Heinrich, helfen Sie mir in die Mantille! Also auf Wiedersehen heute abend; nicht zu spät, lieber Heinrich! Ich erwarte Sie so früh wie möglich — auf Wiedersehen, lieber Heinrich!“

Agnès Röder war katholisch, Leutnant von Osten protestantisch. Aber was macht der Unterschied der Religion bei zwei liebenden Herzen? Ohne Zögern hatte Agnès gleich eingewilligt, sich in der protestantischen Kirche trauen zu lassen; den Eltern war es schwerer geworden, aber sie gaben nach. Die Ostens waren altpreussischer Adel und die Stellung des Bräutigams erheischte Rücksichten. Mit verworrenen Augen und vorrothem Kopf war Mama Röder mehr als einmal aus der Messe nach Hause gekommen; auch den Kaplan Dengler von der Florinskirche sah man öfter geschmeidigen Tritts die Freitreppe des Röderschen Hauses hinauf schlüpfen, seine dünne schwarze Gestalt hob sich wie ein Schatten vor die leuchtende Freiherrnkrone des Ostenschen Wappens. Unsonst die Thränen der geängstigten Katholikin, die vehementen Drohungen des Pfaffen! Errothend und lächelnd hatte Agnès erklärt: „Was mein geliebter Carlo will, ist auch mein Wunsch!“ Und auf die peinliche Frage: „Welcher Religion sollen deine Kinder sein?“ hatte sie, noch tiefer erröthend, ebenso lächelnd erwidert: „Carlos natürlich!“

Leutnant von Osten hatte sich entzückt den Schnurrbart gestrichen — wirklich pyramidales Glück! Seine kleine Braut war ein Ideal, ordentlich poetisch, als sie, sich an ihn lehrend, verschämt flüsterte:

„Mein Carlo! Wo du hingehst, will ich auch hingehen; dein Volk ist mein Volk, dein Gott ist mein Gott!“

Sie hatten sich dann zärtlich in die Augen geblickt und lange die Hände gehalten. Das war ein Glück!

Mama Röder vergaß ihren Pfaffen und ihre Gewissens-

pein, Papa Röder schnuzelte über das ganze behäbige Gesicht, — einen Freiherrn zum Schwiegerohn, schön, jung, reich — das waren Aussichten! Und Gott sei Dank, man hatte die Gewißheit, die Tochter nicht des Geldes wegen geheirathet zu sehen.

So war der große Tag endlich heran gekommen; der Himmel wolkenlos, strahlend blau. In die Schloßkirche strömte es — Freitag, schönes Wetter, die bequeme Stunde: zwei Uhr — und dann, was würde es zu sehen geben! Blumen, Toiletten, Luxus, Glanz; die Leute hatten's ja dazu!

Die ganze Mädchenwelt der höheren Kreise war eingeladen. Anselma von Koch, Lena Köhling, Milchen und Louchen Jänglein, noch ein paar flotte Offiziersstöchter und zwei steinreiche Cousinen Röder waren Brautjungfern; sie würden sich famos neben den sporenküßelnden eleganten Kavaliere ausnehmen. Wieviel Hoffnungen waren in die funkelangelimten Hochzeitstouletten hineingepumpt worden! Sollten die sich erfüllen, gab's mindestens eben so viele neue Hochzeiten binnen kurzem, als Brautführerpaare da waren.

„Wenn die Hoffnung nicht wär, wenn die Hoffnung nicht wär!“ Ganz recht, nur daß die Hoffnungen verschieden aussehn. Hier wickelten sie sich alle in lange Schleier und trugen Myrthenkränze.

* * *

Nelba Dallmer hatte auch Hoffnungen. Was war aus ihr geworden? Zwei Monate waren verstrichen seit jenem Abend bei Rylanders, an dem Leutnant von Kamer ihr beim Nachhausegehen so energisch die Aussichtslosigkeit seiner Zukunft vordemonstrirt hatte. Sie hatten sich seitdem oft und viel getroffen — war es Zufall, war es Absicht? In einer kleinen Stadt stoßen die Leute leicht aufeinander, wenn sie sich nicht gerade absichtlich aus dem Wege gehen; und das thaten die beiden nicht.

Mit den lindern Lüften erwacht die Lust zum

der Sozialdemokratie. In Bayern hat sie bei der letzten Wahl elf Mandate erobert. Im Königreich Sachsen hatte die sozialdemokratische Vertretung früher unter allen bundesstaatlichen Parlamenten die höchste Ziffer, nämlich 14, erreicht; aber in Folge des schmachvollen Wahlrechtsraubes ist ihre Zahl auf vier zurückgegangen. In Baden stehen im nächsten Monat Neuwahlen bevor. Unter den 63 Abgeordneten in der badischen Kammer befanden sich zuletzt fünf Sozialdemokraten; zwei von diesen Mandaten sind jetzt erloschen, und zur Neuwahl, die für die Hälfte der Abgeordneten vorzunehmen ist, hat die Partei sieben Kandidaten aufgestellt. Neuwahlen stehen auch in Hessen bevor, wo unter 50 Abgeordneten bisher fünf Sozialdemokraten saßen; die Zahl der sozialdemokratischen Kandidaturen für die Neuwahl beträgt neun. Der Kampf gilt hier in erster Linie den Antisemiten. Außer den genannten Staaten, die theils eben erst Neuwahlen gehabt haben, theils unmittelbar davor stehen, zählt die württembergische Kammer unter 93 Abgeordneten einen Sozialdemokraten. Verhältnismäßig am stärksten vertreten ist die Sozialdemokratie in Sachsen-Koburg-Gotha mit sieben unter 30 Mitgliedern, demnächst folgt Renss. L. mit drei unter 15, ferner Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen mit fünf unter 30 und vier unter 21; Sachsen-Weimar; sowie Schwarzburg-Rudolstadt haben je einen Sozialdemokraten in ihrer Kammer, und endlich Bremen in der aus 150 Mitgliedern bestehenden Bürgerchaft zwei.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Aus Furcht vor Strafe wegen heimlicher Entfernung ließ sich Donnerstag Mittag ein dreizehnjähriger Knabe nach seiner Rückkehr in der Nähe von Stendal durch den L.-Zug überfahren. Die zermalmte Leiche wurde erst von einem späteren Zuge aus bemerkt. — Die „wilde Schwiegermutter“ des flüchtigen Rechtsanwalts Fritz Friedmann, Frau Marten, die Mutter jenes schönen Fränkens, mit welchem Dr. Friedmann seinerzeit in Berlin wegen Verbrechens wider keimendes Leben unter Jubilation mildernden Umständen zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Frau Marten hatte nach „bekanntem Muster“ Ingerate erlassen, in denen sie ihre Hilfe in distinkten Angelegenheiten anbot. Da die Angeklagte wegen dieses Deliktes noch nicht vorbestraft war, so erkannte der Gerichtshof auf das geringste Strafmaß. — Schrecklich verbrannt ist ein im Elektrizitätswerk „Oberprie“ bei Oberjöhrenwende (Provinz Brandenburg) beschäftigter Arbeiter. Derselbe kam während der Nachtsicht mit der Stromleitung in Berührung, von welcher er festgehalten wurde. Auf sein Hilfergeschrei wurde sofort der Strom abgestellt und der Mann aus seiner schlimmen Lage befreit. Er hatte inzwischen aber so schwere Verletzungen erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß. — Ein doppeltes Jagdunheil ereignete sich, wie die „Straß. Zeitung“ berichtet, in der zu Hohensbarnekow (Kreis Brandenburg) gehörigen Waldung. Der Rittergutbesitzer Horst Krause war mit seinem Bruder Rolf, seiner Frau und einer zu Besuch weilenden Dame auf die Jagd gefahren. Möglich trat ein Rehbock aus dem Walde hervor. Horst Krause entließ nun dem Wagen, kam zum Straucheln, die Finte entlad sich und die Kugel drang dem Unglücklichen in's Herz, so daß der Tod sofort eintrat. In Folge des Schreies erlitt sein Bruder Rolf Krause einen Gehirnschlag. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Das doppelte Unglück war das Werk weniger Minuten. Horst Krause ist erst 24, sein Bruder 22 Jahre alt. — Auf der Feldbrandziegelei von Otten u. Schweiß in Duisburg wurden zwei 30-jährige Männer erschüttert angebrannt. Die Weiden hatten sich auf dem Ziegelofen zum Schlafen niedergelegt und sind durch austretende Gase entzündet; die Weiden waren bereits angefohlt. — Wie die „R. Post“ aus Pasing berichtet, sollte ein junger Geistlicher in einem niederbayerischen Landorte wegen „unsauberer Manipulationen“ mit einem 15-jährigen Dienstmädchen verhaftet werden. Die Polizei fand ihn aber nicht mehr vor. — Ein jenationeller Kriminalprozeß wird Ende dieses Monats im Moskauer Bezirksgericht verhandelt werden.

Zwei junge Lettinnen, welche den Gymnasialkursus in Deutschland absolviert haben, sind angeklagt, gegen eine Greisin einen Raubmordversuch verübt zu haben, um auf diese Weise die Mittel zur höheren Ausbildung in der Schweiz zu erlangen. — Seit einigen Monaten herrschen in der Umgegend von Riew unsichere Zustände. Raub und Mord sind an der Tagesordnung. In der Nacht zum 25. d. Mts. wurde der Hiegeleidirektor Mitkofaniew in seinem Landhause 5 Werst hinter Riew von einer Räuberbande überfallen, durch Revolvergeschüsse tödtlich verwundet und beraubt. Sein im Nebenzimmer schlafender Diener wurde erschossen. Die Räuber, die maskirt waren, entflohen und werden von der Gensdarmmerie verfolgt. — Bei einem Brande, der zu Konstantinopel in der Nähe der bulgarischen Gesandtschaft ausbrach, wurde der Feuerwehrgommandant Graf Szechemi = Nafcha unter den Trümmern eines einstürzenden Thurnes begraben und sehr schwer verletzt.

Der Kampf der Polizei gegen das Streikpostenflehen führte Donnerstag Mittag zu einem Renfoute zwischen einem Gendarmen und zwei Arbeitern in Lichteneberg bei Berlin. Dort streifen die Arbeiter der Industrie-Aktiengesellschaft Lichtenberg. In der Dorfstraße standen vor einer Scheune etwa sechs Streikende, die sich über eine jenseits stattgefundene Verhandlung eines der Theilnehmigen mit dem Direktor der Fabrik unterhielten. Im Laufe der Unterhaltung kam der Gemeinbediener mit ein Gendarm hinzu und forderten die beiden Arbeiter auf, fortzugehen. Der Weinhing kam man nach und nachdem die Anstößigen ein Stück Weges gegangen waren, trennte sich der Arbeiter K. von den übrigen, um bald darauf mit dem Leiter des Streiks, dem Arbeiter L., zusammen zu treffen. Beide sprachen über Streikangelegenheiten, als bald darauf der Gemeinbediener mit dem Gendarm wieder auf sie zukam und auch diese zwei zum Fortgehen aufforderte. Infolge einer kurzen Auseinandersetzung hierüber gab der Gendarm dem K. einen Stoß, worauf dieser sich umwandte, um sich gegen solche Behandlung zu verwahren. Der Wortwechsel brachte den Polizeibeamten so in Erregung, daß er seinen Säbel zog und auf K. mit der flachen Klinge losging. Ein Hieb durchschlug den Mantel und brachte dem K. am Arm eine Fleischwunde bei, die nach ärztlichem Befunde etwa 2 Centimeter lang und 1 Centimeter tief war. K. ist dadurch zunächst arbeitsunfähig geworden. Herr L., der während dieses rasch abspielenden Vorganges neugierig gegangen war, wurde von dem Gendarmen erst mit der Hand ins Gesicht und dann mit der flachen Klinge auf die Hand und in die Seite geschlagen. Die Verletzten wollen die Hilfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch nehmen, obwohl wir uns nicht viel davon versprechen. Es war ja ein Gensdarm!

Macht geht vor Recht. Donnerstag Abend wurde in Durlach (Baden) eine sozialdemokratische Wähler-Versammlung, in welcher Genosse Dreesebach (Mannheim) das Referat übernommen hatte, nach einem sonderbaren Zwischenfall aufgelöst. Dreesebach führte aus, daß man in Baden wohl Seebad feiern könne, nicht aber das Andenken an die 1848-49 standrechtlich Erschossenen. In der Debatte protestirte ein Anwesender dagegen, daß man die 1849 standrechtlich Erschossenen mit den im Jahre 1870 Gefallenen auf eine Stufe stelle, denn die ersteren seien meineidig gewesen, die man von Gottes und Rechts wegen erschossen habe. Da antwortete Dreesebach: „Es ist unwahr, daß die Kämpfer von 1848 meineidig waren; es ist unwahr, daß die Männer von 1849 Empörer waren. Denn, meine Herren, die Empörer waren auf einer anderen Seite.“ Bei diesen Worten erhob sich der Bezirksbeamte Referendar Kempfer und erklärte im Namen des Gesetzes die Versammlung für aufgelöst. Dabei ist dem Beamten aber noch ein kleines Malheur passiert. Als ihn Dreesebach fragte, auf Grund welches Paragraphen des Vereinsgesetzes der Herr Referendar die Versammlung aufgelöst habe, erklärte derselbe nach dem „Volksthum“: „Ich habe das Vereinsgesetz nicht bei mir, ich weiß es nicht.“

Ungeordnetlich milde Urtheile werden fast in allen Fällen ausgesprochen, in denen Arbeitgeber in Folge Nachlässigkeit oder Gewinnucht den Tod oder die Verkrüppelung eines Arbeiters verschuldet haben. So wurde der Schneide-

mühlenbesitzer Ernst Hahn aus Dzinianen von der Danziger Strafkammer wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt. Er hatte unterlassen, an einer Häckselmaschine vorschriftsmäßige Unfallverhütungsmaßregeln zu treffen, und dadurch verschuldet, daß einem Knecht eine Hand abgehauen wurde.

Von einem schrecklichen Schiffuntergang giebt folgende Mittheilung aus Amazonas Kunde: Der Dampfer „Zürich“ aus London, welcher sich mit einer Ladung Holz auf der Fahrt von Archangel nach London befand, ist während eines Orkans am 20. d. M., Vormittags 11 Uhr 15 Minuten, die Deckladung, welche losgerissen wurde, zertrümmerte das Hintertheil des Schiffes und verstopfte den Weg zu der Kajüte und dem Probiantraum. Die Mannschaft zimmerte zwei Floße und hielt sich bis Sonnabend Abend, zu welcher Zeit der Dampfer sank, auf dem Vordertheil auf. Auf das eine Floß begaben sich der Kapitän, die drei Maschinenisten, der zweite Steuermann, der Steward und vier Negers, außerdem wurden die beiden Schiffshunde mitgenommen; auf das andere Floß stiegen ein Steuermann, der Bootsmann, der Heizer sowie ein weißer und fünf schwarze Matrosen. Beide Floße waren ohne Lebensmittel und ohne Wasser. Von den auf dem ersten Floß befindlichen Personen wurde der Kapitän am 23. d. Mts. in der Nähe der Insel Wigton durch ein Boot gerettet, die übrigen sieben Personen erkrankten, zwei Personen wurden auf dem Floß todt aufgefunden. Das zweite Floß wurde am 25. Oktober an Land getrieben; auf demselben lag nur der Leichnam eines Negers.

Artistenlos. Aus Kassel wird der Wiener „Arb.-Ztg.“ geschrieben: Sonntag, den 22. d., Nachmittags, gab die wandernde Seilkunstlertruppe Strohschneider-Wittmann auf dem Marktplatz eine Vorstellung. Sie war für 3 Uhr anberaumt. Da es aber dem Direktor Wittmann nicht gelungen war, eine Musik aufzutreiben, verzögerte sich der Beginn der Vorstellung bis 4 Uhr. Der Direktor eröffnete die Vorstellung mit einer wehmüthigen Erklärung, daß er in viel größeren Orten von den Musikern nicht im Stich gelassen worden sei, und hat das „p. l. Publikum“, das Ausbleiben der Musik zu entschuldigen. Dann begann die Vorstellung. Es war die letzte, die Wittmann gab. Das Scheitern seiner Bemühungen, eine Musik zu bekommen, hatte ihn so in Erregung versetzt, daß der herzleidende Mann während einer Ringturnproduktion seiner Kinder plötzlich von einem Herzkrampf befallen wurde. Er verfiel wankenden Schritten den Platz. Ein paar Worte an seine Kinder genigten, daß sie die Produktion fortsetzten, trotzdem den armen Kleinen das Weinen näher war. Nach Beendigung der Nummer stützten sie hinter die Kuffen, um zu sehen, was mit ihrem Vater sei. Noch war der Haupteffekt der Vorstellung aber nicht zu Ende — die Seilkunstlerproduktion. Zwei Kinder, vier und neun Jahre alt, machten ihre halbschwerischen Künste der gaffenden Menge vor. Ein drittes Kind rief unter dem Seile Klownspäße. Das Publikum lacht und amüsiert sich — hinter den Kuffen ringt der Vater von neun unmündigen Kindern, den Zugkräften seiner Truppe, mit dem Tode. Das Zuglück ist zu Ende. Wieder verschwinden die Kinder eilend hinter den Kuffen. Die Menge draußen harret einer neuen Nummer. Da tritt die älteste Tochter vor das Publikum und entschuldigt die Eltern, daß sie Nachmittags nicht auftreten können wegen Unwohlseins des Papa. Inzwischen war der Vater in die aufgenommene Wohnung getragen worden. Wellige Minuten später starb er dort — umgeben von seiner Frau und seinen neun weinenden Kindern. Es war ein schweres Sterben.

Die Aussprache holländischer Namen. Um die Aussprache holländischer Namen, die jetzt infolge des Krieges in Südafrika in großer Zahl in der Tagespresse auftauchen, zu erleichtern, weisen wir darauf hin, daß ac wie a, eeu wie e, ie wie i, ij wie ei, oe wie u, oo wie o, ou wie au, sch wie s-ch, u wie ü, ui wie eu, v wie f und z wie s ausgesprochen wird.

Aus den „fliegenden Blättern“. Beim Heirathsvermittler. „Ich möchte gern eine reiche, ehrbare Frau haben!“ — „Wünschen Sie mehr Ehr' oder mehr Baar?“

Spaziergehen. Kamer schritt öfters am Dallmer'schen Hause vorüber in's Freie; und an besonders schönen Tagen machte der Regierungsrath, auf den Arm seiner Tochter gestützt, eine Promenade die Chaussee weiter hinaus. Das erste Mal, als sie sich begegneten, schritten sie, summt grüßend, an einander vorbei. Das zweite Mal trafen sie sich in einem kleinen Seitenthälchen des Rheins unter eben knappenden Büschen, da blieben sie stehen.

Der Knab war schmal, ein Ausweichchen nicht mehr möglich; Nelka machte die Herren miteinander bekannt, man werte ihr die Luft an, mit der sie es that. Ihre Augen strahlten vor Freude auf. Wie sie in dem einfachen Kleid dahingab, die ersten begehrenden Frühlingstrahlen in der Hand, frisches, gesundes Roth auf den Wangen, erjähnen sie dem jungen Manne begehrendes. Nicht zum Besitzen wissen, nicht zum Erträgnissen allem zum Trug — nein, zum Draufrennen, zum angenehmen, erquickenden Gruß an jedem Tag.

Und warum soll ich nicht? dachte Ferdinand von Kamer. Soll ich mir selbst diese ungeschuldige Freude verjagen? Sie kennt ja meine Ansichten, und sie ist ein vernünftiges Mädchen!

Dallmer's machten nicht im geringsten ein Haus, des Regierungsraths Kränklichkeit entschuldigte das. Zu vermeiden war's aber nicht, daß Ferdinand von Kamer eines Tages Besuch machte, lediglich um sich nach dem Befinden des Hausherrn zu erkundigen; er hatte nämlich diesen während mehrerer Tage auf dem gewohnten Spaziergange vermisst.

„D nur eine leichte Grippe, eine ganz leichte Grippe,“ lächelte Dallmer.

Sie saßen in der Studirstube, oben im ersten Stock; trotz der leichten Dämmerung fühlte dem Besucher die heftige Hitze, die glänzenden Augen des Raths auf. Sie unterhielten sich gut miteinander, Politik bildete das Hauptgespräch. Kamer hatte für einen Offizier ein ziemlich harsches Urtheil, wie es der Reichthum eigen ist, die nicht als Herdenschützer, sondern ein wenig abseits, für sich allein leben. Dallmer

freute sich, das Echo seiner Gesinnung zu finden. Die brennendsten Tagesfragen, die Stichworte flogen hin und her. Derweilen lehnte Nelka am Fenster. Sie hatte sich zurückgezogen. Es war kein Gespräch für ein junges Mädchen — mit zwanzig Jahren lassen die Fragen der Politik recht kühl — aber sie neigte doch den Kopf vor und ließ kein Wort ungehört vorüber streifen. Mochte Deutschland untergehen, alles über den Haufen fallen — in diesem Augenblick wäre es ihr nichts gewesen. Wenn er nur da saß, gegenüber dem Vater, und ein so angeregtes heiteres Gesicht machte wie sonst nie!

„Ein sehr netter Mensch,“ jagte Regierungsrath Dallmer zu seiner Frau, als diese zwei Stunden später aus ihrem Postkutschchen nach Hause kam.

„Mein Gott, was will der hier?“

„Aber Vordchen, muß er denn gleich etwas wollen? Ich habe mich vorzüglich mit ihm unterhalten; er hat eine selbstständige Meinung und vertritt sie auch, das ist etwas werth in der Welt.“

„Ja, Papa, wenn der Leithammel Wäh' schreit, schreien sie sonst auch alle Wäh'!“ Nelka war ganz übermüthig und ausgelassen.

„Nelka, Nelka,“ — Frau Kathin setzte sofort im Klage-ton ein — „diese entsetzliche Ausdrucksweise! Hörst du so etwas von einer deiner Altersgenossinnen? Ich hatte schon gehofft, du liebest es jetzt, du warst in letzter Zeit etwas weiblicher.“

Geh jetzt mal gleich hinunter und sieh, was die Laura thut. Und ich sage dir, Dallmer, mir ist das gar nicht angenehm, daß der Leutnant hier Besuch gemacht hat — wo zu? Du sitzt immer in deiner Stube bei den Alten, du siehst von Gott und der Welt nichts, du solltest aber mal im Kaffee hören! Ein junger Mann macht nicht unangenehm in einer Familie Besuch, wo ein junges Mädchen ist, ohne daß er Absichten hat. Und er hat ja nichts, rein nichts! Die Schmidt jagt, für die geisteskranke Mutter in Eudenburg bezahle die Verwandten. Was das kosten mag! Und die Zänglein jagt — na!“ Sie schüttelte

den Kopf und hob das spitze Mäuschen in die Luft, als wüßte sie Unheil; ihre Stimme erhielt den tragischen Ton einer Sibylle.

„Ich sage dir, Dallmer, mir ist es sehr unangenehm — und nicht mal einen anständigen Namen! Oh — oh! Könnte es nur nicht anders sein?! Nie etwas Unangenehmes?“

„Ihm höre aber auf, Vordchen,“ jagte der Regierungsrath gereizt, „das sind die reinen Hirngespinnste! Davon kann gar keine Rede sein, dazu ist der Mensch viel zu verständig und Nelka auch.“

Viel zu verständig —?! Nelka ließ die Thür hinter sich zuklappen — sie hatte bis dahin lauschend auf der Schwelle gestanden — es gab ihr einen Stich durch's Herz. Aber als sie die Treppe hinunterschritt, warf sie trotzig den Kopf in den Nacken.

„Warum denn nicht? Nun gerade!“

Dachte Nelka Dallmer noch an jenes viel zu verständig, als jetzt Regellänge sie umbraust, und sie, als erste der Brautjungfern, dicht am Altar hinter der Fremdbin stand?! Die Leute waren erstaunt über ihr Erscheinen; man hatte gar nicht an Nelka Dallmer gedacht, die war eigentlich hors de combat.

Durch die bunten Kirchenfenster fluthete ein warmer Lichtstrom. Er tänzelte über die teppichbelegten Quadrate des Steinbodens, über die hohen Lorbeer- und Myrthenbüsche, über die Blumensträuße in den Händen der jungen Damen, über die leuchtende Glaze des hochwürdigen Oberkonsistorialraths Zänglein und über den weißen Schleier der Braut. Der warme Strahl legte sich auf Nelka Dallmers Haar, daß es goldig glänzte.

Wo du hingehst, da will ich auch hingehen; wo du bleibst, da bleibe ich auch. Dein Volk ist mein Volk, und dein Gott ist mein Gott. Buch Ruth, Kapitel I, Vers 17.

(Fortsetzung folgt).